

# Umwelt und Freizeit

## Umweltschutz

Im Bereich des Naturschutzes wurde auf legislativem Gebiet die Arbeit an einem neuen Naturschutzgesetz abgeschlossen, so daß dieser Entwurf nunmehr bereits zur internen Begutachtung ausgeschickt werden konnte. Weiters wurden mit Verordnung der Wiener Landesregierung vom 2. Mai 1979, LGBl. für Wien Nr. 15/1979, Teile des Wiener Praters zwischen Ostbahn, Handelskai, Hafenzufahrtsstraße, Seitenhafenstraße und Schüttelstraße im 2. Bezirk zum Landschaftsschutzgebiet erklärt. Dadurch konnte dieser von einer harmonischen Vielfalt mit autochthonem Waldbestand und parkartigen Wiesenflächen bestimmte Auwaldrest, der innerhalb des verbauten Stadtgebietes gelegen ist, als ein für die Naherholung bedeutsames Grünland erhalten werden. Im Dezember 1979 wurde auf Vorschlag der Abteilung der Wiener Naturschutzbeirat sowie ein neu formierter Umweltschutzbeirat vom Herrn Landeshauptmann für die nächsten drei Jahre ernannt. Ferner hat man die Abteilung mit der Vollziehung des mit 1. Jänner 1980 in Kraft tretenden Altölgesetzes betraut, wofür mehrere Vorbereitungsbesprechungen sowohl mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie als auch auf Länderebene und innerhalb des Magistrates durchzuführen waren.

Für die Ausbildung der ehrenamtlichen Naturschutzorgane wurde seitens der Abteilung als Aufsichtsbehörde ein Skriptum verfaßt. Zur Prüfung für die Beedigung als Naturschutzorgan wurden zu Beginn des Jahres 9 Kandidaten zugelassen. Der Personenstand an Naturschutzorganen beträgt nunmehr 118. Durch den Einsatz der ehrenamtlichen Naturwacheorgane konnten in mehreren Fällen Erfolge im Sinne eines geregelten Naturschutzes erreicht werden, insbesondere bei der Erhaltung von Naturdenkmälern.

Weiters konnte es die Abteilung durch die Einbeziehung in die Aktion „Frühlingsputz“ der Stadt Wien als Koordinationsstelle für den Grünraumbereich ermöglichen, daß ein Großteil der Feld- und Waldflächen rund um Wien von freiwilligen Helfern gesäubert wurde.

Bei der Vollziehung der Verordnung betreffend das Verbot beziehungsweise die Einschränkung der Verwendung von Auftausalzen zur Bekämpfung von Eis- und Schneeglätte gab es keine größeren Schwierigkeiten, da im Jahre 1979 keine Extremwittersituationen auftraten.

Im Bereich des Einzelnaturdenkmalschutzes wurden sieben bescheidmäßige Unterschutzstellungen vorgenommen, darüber hinaus naturschutzbehördliche Genehmigungen für Bauvorhaben in etwa 25 Fällen erteilt, wobei durch entsprechende Auflagen (Bedingungen) die Beibehaltung des natürlichen Landschaftsbildes gesichert werden konnte.

Bei der Vergabe von Budgetmitteln für Subventionen wurde darauf geachtet, daß die Tätigkeiten der Subventionswerber dem Wiener Naturschutz beziehungsweise den Wiener Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten zugute kamen. So wurde zum Beispiel eine große Anzahl der vom Aussterben bedrohten Pflanzenarten im Wienerwald ausgesetzt. Im Rahmen des Vereines „Niederösterreich-Wien“ war es möglich, die Sanierungen von Wiener Naherholungsgebieten zu erwirken. Die sonstigen Budgetmittel wurden im Jahre 1979 verstärkt für konkrete Projekte zur Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung eingesetzt.

Die Arbeiten der Abteilung auf dem Sektor Lärmbekämpfung betrafen unter anderem für den Bereich des Verkehrsweges Südost-Tangente die labormäßige Vermessung von Akustikmeßmodellen im verkleinerten Maßstab, wobei die in bezug auf eine rechnerische Schallausbreitung sehr schwierig zu erfassende Situation von Schutzmaßnahmen im Bereich Absberggasse (Fahrbahnabdeckung) sowie im Bereich Schule Ensleinplatz untersucht wurde. In Verbindung mit dem Meßmodell Ensleinplatz wurde neben den an Ort und Stelle durchgeführten Kontrollmessungen sowie neben der gleichzeitig vorgenommenen Verkehrszählung an im Gelände festgelegten genau definierten Eich(Meß)Punkten versucht, eine Korrelation zwischen dem tatsächlichen Meßergebnis — in Abhängigkeit vom Verkehrsfluß — den Meßwerten am Modell und den im voraus berechneten Werten eines mathematischen Schallausbreitungsmodells herzustellen. Es war dies der erste Versuch, ein dreidimensionales rechnerisches Schallausbreitungsmodell zu entwickeln, mit dem es künftighin möglich sein wird, bei besonders schwierigen Voraussetzungen, wie unterschiedliche Geländeverhältnisse oder Trassenführung von Hochstraßen usw., die Schallausbreitung in Abhängigkeit vom Verkehrsfluß an jedem beliebigen Geländepunkt zu ermitteln. Das Beispiel Ensleinplatz bot der Abteilung in Zusammenarbeit mit der Bezirksvorstehung die Möglichkeit, in Form einer Bürgerinformation die verschiedenen Methoden der Erfassung von Schallimmissionen der Bevölkerung praktisch vorzuführen und sie gleichzeitig mit den geplanten beziehungsweise in Ausführung befindlichen Lärmschutzprojekten der Stadt Wien im Zuge der Südost-Tangente bekanntzumachen. Eine ähnliche Information der Bevölkerung konnte auch im 14. Bezirk geboten werden, wobei die zum Verkehrsprojekt Flötzersteigstraße erarbeiteten Lärmschutzmaßnahmen aufgezeigt und diskutiert wurden.

Die unter der Leitung der Abteilung im Jahre 1978 geschaffene Arbeitsgruppe für Lärmschutz konnte mit Erfolg ihre Tätigkeit bezüglich Planung und Bauausführung von Lärmschutzprojekten, vor allem im Zuge der Südost-Tangente, fortsetzen. Ebenso werden bei den in Planung befindlichen neuen Verkehrswegen, wie Hochstraße S 2 — Floridsdorf, A 22 und A 24 — Hubertusdamm beziehungsweise Kaisermühlen und Hirschstetten, Schallschutzmaßnahmen in Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Instituten und beauftragten Planungsbüros sowie den zuständigen Dienststellen erarbeitet. Die bauliche Ausführung einiger dieser Maßnahmen ist in Abhängigkeit vom zuständigen Bundesministerium bereits 1980 zu erwarten.

Im Rahmen der Stadterneuerung wurde für die Sanierungsgebiete 15. Bezirk „Storchengrund“, 6. Bezirk „Gumpendorf“ und 7. Bezirk „Ulrichsberg“ eine Begutachtung der Lärmsituation durchgeführt und diese in einer Lärmkarte für Tag und Nacht dokumentiert. In diesem Zusammenhang wurden Maßnahmen zur Verkehrslenkung, Ausstattung exponierter Wohnungen mit Schallschutzfenstern sowie zur Verbauung der Straßenseiten mit Gebäuden lärmunempfindlicher Nutzung vorgeschlagen. Weiters konnte die Beeinträchtigung durch verkehrsbedingte Abgase erhoben werden. Bei mehr als 35 Wohnbauvorhaben wurden Stellungnahmen im Hinblick auf die Lärmsituation abgegeben, wobei auch auf die Grundrißgestaltung besonderes Augenmerk gelegt wurde.

Auf dem Sektor Wasser wurde aufbauend auf die langjährig durchgeführten Untersuchungen aller Fließ- und Oberflächengewässer Wiens in Abhängigkeit von deren Nutzung eine kartographische Darstellung in Form einer Gewässergütekarte erstellt. Gleichzeitig begann die Abteilung mit der Erstellung eines umfassenden Berichtes, der die Aktivitäten der Stadtverwaltung auf dem Sektor Wasser aufzeigen und eine Dokumentation analog zu dem in den Vorjahren erstellten Luft- sowie dem Lärmbericht darstellen soll.

Neben der langjährigen Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 39 zur Feststellung der Wassergüte der Oberflächengewässer wurde 1979 in Zusammenarbeit mit der hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt der Magistratsabteilung 15 versucht, Daten und Erfahrungswerte über die Auswirkungen von Kühlwasserversickerungen und über eine damit verbundene Beeinflussung des Grundwassers und Grundwasserträgers zu erarbeiten. Da auf Grund der Abänderung des Kanaleinmündungsgesetzes im Jahre 1977 Kühlwasser nicht mehr in den Straßenkanal eingeleitet werden dürfen, kommt der Möglichkeit der Versickerung von Kühlwasser auf eigenem Grund und Boden künftighin große Bedeutung zu, so daß diese daher rechtzeitig von den zuständigen Stellen verfolgt werden muß. Die Arbeiten auf diesem Gebiet werden 1980 fortgesetzt und bilden wichtige Grundlagen für die Stellungnahme bei der Erteilung von Genehmigungen für Kühlwasserversickerungen.

Im Zuge der Erfassung der verkehrsbedingten Abgase wurde im Auftrag der Abteilung der Verkehrsweg Inneering von Oper bis Franz Josefs-Kai untersucht. Diese Arbeiten sollen einen mathematischen Zusammenhang zwischen Verkehrsaufkommen, Bebauung, Meteorologie und Schadstoffkonzentration in den Straßen erarbeiten.

Das Immissionsprognosemodell zur Vorausberechnung der Schadstoffausbreitung innerhalb des Stadtgebietes wurde im gemeindeeigenen Rechenzentrum implementiert und kann künftig bei bestimmten Wetterlagen und Ausbreitungsbedingungen verwendet werden.

Ein weiterer Schwerpunkt auf dem Gebiete der Luftreinhaltung ist die Untersuchung des Staubes, vor allem der lungengängigen Anteile hinsichtlich ihrer Zusammensetzung und Herkunft in Wien. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Physik der Universität Wien und dem Institut für Analytische Chemie der Technischen Universität Wien sind zahlreiche Staubproben in Wien gesammelt und hinsichtlich des Gehaltes an Schwermetallen und krebserregender, polycyclischer Kohlenwasserstoffe untersucht worden. Die Analysen ergaben, daß ein hoher Anteil der lungengängigen Staubreaktion in Wien als Vorbelastung nach Wien transportiert wird. Diese Tatsache war auch mit der Grund zu einer Studie, die von der Abteilung durchgeführt wurde und die den Einfluß eines 800-MW-Kraftwerkes vor allem auf die Situation der Vorbelastung der Wiener Luft abschätzte. Diese Studie sollte vor allem Argumente liefern, für die geplanten Kohlekraftwerke die beste nur mögliche Rauchgasreinigungstechnologie zu fordern.

Zur besseren Überwachung der Luftsituation wurde 1979 eine Luftmeßstation in die Erzherzog Karl-Straße verlegt, um in diesem Raum die bei südöstlichen Winden nach Wien einfließenden Schadstoffe zu erfassen. Eine weitere Meßstelle wurde in der Nähe des Schafbergbades errichtet, um vor allem die Schadstoffkonzentrationen bei Stauwirkungen an den Abhängen des Wienerwaldes zu ermitteln.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Tätigkeit der Abteilung stellt die Erfassung des Stadtgebietes durch Methoden der Fernerkundung dar. Diese Methode dient der Aufnahme des Grünraumes im gesamten Stadtgebiet und quantifiziert die Auswirkungen der Schadstoffbelastung mittels Auswertung der 11-Kanal-Scanneraufnahmen. An der Fortführung dieser Arbeiten wird sich das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung finanziell beteiligen.

Die Arbeiten auf dem Gebiete der getrennten Altstoffeinsammlung in der Per Albin Hansson-Siedlung Ost sind abgeschlossen und liegen in Form eines Berichtes vor. Mit Beteiligung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung wird als abschließende Arbeit die Möglichkeit der getrennten Altstoffaufbringung im

dichtverbauten Stadtgebiet und im Bürobereich untersucht. Die Ergebnisse sollen unter anderem als Grundlage für die Planung einer umfassenden Rohstoffsicherung Verwendung finden.

In zahlreichen Verhandlungen über Betriebsanlagen und Beschwerden hat die Abteilung im Jahre 1979 den zuständigen Behörden Entscheidungsgrundlagen geliefert und entsprechend mitgewirkt. In einem Fall, der die Aufschließung des Betriebsgeländes Aspern für General Motors betraf, war es möglich, bereits bei den Vorarbeiten wichtige Umweltschutzmaßnahmen beziehungsweise Forderungen nach Umweltschutzeinrichtungen durchzusetzen. Die Mitarbeit in den verschiedenen Gremien, wie zum Beispiel im Österreichischen Normungsinstitut oder im Österreichischen Arbeitsring für Lärmbekämpfung, wurde fortgesetzt.

Durch das Naturschutzreferat werden die ökologischen Maßnahmen auf dem Gebiete des Umweltschutzes wahrgenommen. Die Schwerpunkte dieser Tätigkeit liegen bei der Prüfung von technisch-wirtschaftlichen Eingriffen und Nutzungen aus ökologischer Sicht sowie bei der Sicherung einer großen Vielfalt von Lebensräumen, Tier- und Pflanzenarten. Das Problem der Verträglichkeit von Bauwerken, Versorgungsstrassen und intensiveren Nutzungen mit der Landschaft bildete auch 1979 das größte Aktionsgebiet im Rahmen des Natur- und Landschaftsschutzes. In über 300 Ortsaugenscheinen und Verhandlungen wurden die notwendigen Beweissicherungen und Grundlagen für den Vollzug des Naturschutzgesetzes geschaffen. Als Grundlage für die Entscheidungsfindung soll eine ökologische Datenbank dienen, deren Erstellung fortgesetzt wurde. Der Grünflächenplan von Wien, der einen quantitativen Gesamtüberblick über die Vegetation ermöglicht, wird durch Falschfarbenphotos und 11-Kanal-Scanneraufnahmen in qualitativer Hinsicht ergänzt. Die Überprüfung und graphische Darstellung der Einzelnaturdenkmäler sowie deren Photodokumentation waren ein erster Schritt zu einer umfassenden Biotopkartierung.

Als bedeutendste Maßnahme zur Sicherung gefährdeter Lebensräume können die Tätigkeiten im Bereich der Lobau, wie die Ausarbeitung eines Lobaumanagements, die Wiedereinbürgerung des Bibers, Bepflanzungsmaßnahmen für die Anlagen der Wasserwerke und das Dezimieren biotopfremder Florenelemente, wie *Ailanthus* und Goldrute, sowie die Vorarbeiten für die Schaffung einer Ökozelle auf dem Gelände des Wasserbehälters in Unterlaa, die Vorarbeiten für die Unterschutzstellung des Toten Grundes und für den Naturpark Gütenbachtal bezeichnet werden.

Im Naturdenkmalgebiet „Wienerbergteiche“ wurden die Sanierungsmaßnahmen fortgesetzt, ihre ökologische Bedeutung in den Ausschreibungsunterlagen für die 2. Wettbewerbsstufe „Wienerberggründe“ festgehalten.

Im Auftrag der Abteilung wurde von den Herren Professor Dr. *Zukrigl* und Dipl.-Ing. *Margl* über die Wiederherstellung der alten Wasserstände in der Unteren Lobau und die Verbesserung der standörtlichen Verhältnisse ein Gutachten verfaßt, das eine wesentliche Hilfe bei der Beurteilung der geplanten Staustufen aus ökologischer Sicht im Zuge der Grundwasseranreicherung in der Lobau darstellt.

In Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 49 wurden Naturschutzmaßnahmen durchgeführt, wie die Begrünung eines aufgelassenen ÖMV-Gleises, die Flächenbereinigung von Parzellen im Bereich der Naufahrt, die Bekämpfung der Goldrutensteppe im Bereich Dechantlacke — Seeschlacht, ferner umfangreiche Waldpflege- und Bepflanzungsarbeiten an den Wasserwerksanlagen in der Lobau und schließlich Pflegemaßnahmen im Aupark Schwarzlackenau, im Dehnepark, im Hörndlwald sowie auf der Himmelswiese.

Zur Vertiefung der Kenntnisse und zum Austausch von Erfahrungswerten waren Vertreter der Abteilung bei mehreren in- und ausländischen Kongressen, so zum Beispiel beim Symposium der F.A.S.E. — es handelt sich dabei um eine sehr wichtige Fachtagung zur Beherrschung von technischen Problemen auf dem Bausektor — bei der Umweltschutztagung 1980 „Neue Wege — Straße und Umwelt“, bei der Fachtagung „Lärmbekämpfung — Medizin, Technik, Recht“ des Österreichischen Arbeitsringes für Lärmbekämpfung, beim Seminar über städtisches Verkehrswesen und Umweltschutz des OECD-Umweltkomitees in Paris, ferner bei einem Symposium über Stickoxyde, beim ECE-Seminar „Umweltverträglichkeitsprüfung“, bei einer Arbeitstagung zur Bekämpfung von Luftverunreinigungen in Paris und schließlich beim Seminar „Umweltschutz und Energiesparen“ in Ankara sowie bei der 19. Ausstellungstagung für chemisches Apparatewesen (ACHEMA 79).

Im Jahre 1979 fielen 1.290 Geschäftstücke an, davon betrafen 1.286 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 4 waren Berufungen in Verwaltungsstrafsachen.

## Stadtgartenamt

Im Jahre 1979 wurden 1.627 öffentliche Gartenanlagen mit einem Flächenausmaß von 16.206.510 m<sup>2</sup> sowie 23 Lagerwiesen mit insgesamt 840.595 m<sup>2</sup> gepflegt und erhalten. Außerdem waren in 1.285 Straßen 72.438 Alleebäume gärtnerisch zu betreiben.

Für andere Dienststellen wurden 1.292 Wohnhausgärten und Grünflächen in Wohnsiedlungen mit einem Flächenausmaß von 5.867.093 m<sup>2</sup>, 230 Schulgärten mit 615.790 m<sup>2</sup>, 192 Grünanlagen in Kindergärten und Höfen mit 397.334 m<sup>2</sup>, 15 Jugendspielflächen im Ausmaß von 36.407 m<sup>2</sup> und die Grünanlagen im Strandbad Gänsehäufel mit einer Gesamtfläche von 260.000 m<sup>2</sup> gepflegt und betreut.

Im Rahmen dieser Arbeit mußten mehrere Gartenanlagen neu hergestellt, einige bereits bestehende Parkanlagen umgestaltet oder instand gesetzt werden. So wurde im 2. Bezirk im Prater die Instandsetzung der Erholungsflächen durch die Staubfreimachung der Wege und Plätze insbesondere im Bereich des Konstantinhügels fortgesetzt, in der Lilienbrunnengasse eine neue Grünfläche mit einem Kinderspielplatz und einer Ruhemöglichkeit für Erwachsene errichtet sowie in der bestehenden Grünfläche Ecke Ausstellungsstraße—Perspektivstraße ein Kinderspielplatz mit Spielgeräten angelegt. Im 3. Bezirk konnte im Schweizergarten nach Durchführung diverser Bauarbeiten in Verbindung mit der Verlegung einer neuen Fernheizleitung ein neuer Kinderspielplatz mit Rodelhügel sowie einem Ruheplatz für Erwachsene geschaffen werden. Im Rubenspark im 4. Bezirk wurde ein Ballspiel- sowie Gerätespielplatz errichtet und die gesamte Grünanlage neugestaltet. Die Arbeiten für die Neugestaltung des Karlsplatzes wurden abgeschlossen, die für die Errichtung von Gartenhöfen in der Margaretenstraße 30—40, im sogenannten „Planquadrat“, fortgesetzt. Zur Verschönerung des Straßenbildes wurden in der Favoritenstraße zusätzlich Pflanzgefäße aufgestellt, in Verbindung mit der Herstellung von Abstellflächen für Kraftfahrzeuge zwischen den Bäumen der Wiedner Hauptstraße neue, bepflanzte Grünstreifen angelegt. Im 6. Bezirk konnten in der Stumpergasse die Arbeiten zur Herstellung einer Parkanlage fortgesetzt werden. Im 7. Bezirk wurde der Josef Strauß-Park neugestaltet; auf dem Kinderspielplatz wurden neue Spielgeräte aufgestellt, im 9. Bezirk wurde der Lichtentalerpark generalüberholt und ein großer Gerätespielplatz errichtet. In Verbindung mit dem Neubau des Wasserbehälters wurden im 10. Bezirk in der Absberggasse—Quellenstraße neue Grünflächen geschaffen, ferner in der Laxenburger Straße im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Straße Grünflächen angelegt und Bäume gepflanzt. Im Bereich der Windschutzpflanzung südlich der Per Albin Hansson-Siedlung wurden Spielgeräte aufgestellt. In der Kornauthgasse mußten in der Umgebung der neuen Wohnhausanlagen Brachlandflächen begrünt werden. Im 11. Bezirk wurden in der Mühsangergasse, Schußlinie und Wildpretstraße neue Grünstreifen angelegt, „Am Kanal“ in der Nähe von Wohnhausbauten Brachlandflächen begrünt. Im 12. Bezirk konnten die Arbeiten zur Herstellung einer neuen Parkanlage auf den Flächen der ehemaligen ÖBB-Trasse fortgesetzt werden. Die bestehende Gartenanlage in der Haebergasse wurde erweitert und ein Ballspielplatz angelegt. Die gärtnerische Ausgestaltung der Flächen nach der Neuerrichtung der Philadelphiabrücke und dem Straßenneubau wurde abgeschlossen, eine Freifläche Ecke Tivoligasse—Grünbergstraße gärtnerisch ausgestaltet und ein Gerätespielplatz errichtet. In der Hetzendorfer Straße war auf einer Brachlandfläche eine kleine Gartenanlage mit Sitzplatz zu schaffen. Im 13. Bezirk wurde die Parkanlage „Strekkerpark“ generalinstandgesetzt und ein Gerätespielplatz gebaut. Im Hügelpark wurden zusätzliche Strauchgruppen gesetzt. Nach dem Umbau der Linzer und Mauerbachstraße mußten im 14. Bezirk neue Grünflächen angelegt werden, eine größere Anzahl von Bäumen war auszupflanzen. In der Turnergasse im 15. Bezirk wurden neben der neuerrichteten städtischen Wohnhausanlage öffentliche Grünflächen angelegt. In der Rustengasse—Avedikstraße konnte mit dem Bau einer öffentlichen Gartenanlage begonnen werden. Im 16. Bezirk wurden in Verbindung mit dem Umbau des Guttraterplatzes und der Witzgasse neue Grünflächen angelegt und Bäume gepflanzt. Mit der gärtnerischen Ausgestaltung der Assanierungsflächen in der Eisnergasse—Wichtelgasse wurde begonnen. Im 17. Bezirk wurde auf einer Brachlandfläche in der Czartoryskigasse eine neue Parkanlage mit einem Spiel- und Ruheplatz angelegt, im 18. Bezirk der Anton Baumann-Park generalsaniert, der Bischof Faber-Platz instand gesetzt und durch den Einbau von zusätzlichen Spielflächen verbessert. Die Arbeiten zur Ausgestaltung der Großgrünanlage Hohe Warte im 19. Bezirk wurden fortgesetzt, in der Grinzinger Straße konnte ein neuer Spielplatz mit Geräten hergestellt werden. Im 20. Bezirk wurde die gärtnerische Ausgestaltung des neugestalteten Engelsplatzes fortgesetzt, die Parkanlage am Allerheiligenplatz wiederhergestellt und in der Wexstraße vor dem Neubau des Technologischen Gewerbemuseums ein Grünstreifen angelegt. Die Parkanlage „Wasserpark“ im 21. Bezirk wurde nach Abschluß der Straßenumbauarbeiten neugestaltet. In der Schwarzlackenau waren Brachlandflächen gärtnerisch zu gestalten und ein Spielgelände zu schaffen. In der Eipeldauer Straße wurden Bäume gepflanzt und ein Grünstreifen angelegt, am Haspingerplatz Spielgeräte aufgestellt und in der Trillergasse eine Spielwiese gestaltet. Auf einer Brachlandfläche der Erzherzog Karl-Straße wurde im 22. Bezirk ein Ballspielplatz errichtet, im Donaupark waren Spielgeräte zusätzlich aufzustellen und an den Wegeflächen Setzungsschäden zu beheben. Ein Ballspielplatz wurde Ecke Melangasse—Kolo Moser-Gasse angelegt, in der Ziegelhofstraße zwischen den Häusern der städtischen Wohnhausanlage eine Grünfläche geschaffen. An der unteren Alten Donau mußten die Arbeiten zur Sanierung der Uferflächen fortgesetzt werden. In der Wagramer Straße wurden in Verbindung mit dem Straßenneubau Bäume gepflanzt. Im 23. Bezirk konnten die Arbeiten zur Ausgestaltung des Drascheparkes als Erholungsgebiet fortgesetzt werden. Im Betriebsbaugelände West beziehungsweise Liesing wurden ebenso wie in der Gatterederstraße nach erfolgtem Straßenumbau Grünstreifen neu angelegt und Bäume gepflanzt.

Im Jahre 1979 wurden in verschiedenen Parkanlagen, Straßen und Wohnhausanlagen insgesamt 592 Bäume neu gepflanzt, in zahlreichen Parkanlagen, wie zum Beispiel Schillerplatz, Arenbergpark, Draschepark, Arne Karlsson-Park, Wertheimsteinpark, Stöberplatz, Wege- und Platzflächen staubfrei gemacht. In 729 Fällen hat das Stadtgartenamt im Rahmen des Wiener Baumschutzgesetzes bei der Beurteilung des Baumbestandes und der Vorschreibung von Ersatzpflanzungen mitgewirkt.

Von Organen des amtlichen Pflanzenschutzdienstes wurden 8.451 Klein-, Siedlungs- und Privatgärten kontrolliert, 2.688 mündliche Aufforderungen zur Beseitigung phytosanitärer Übelstände ausgesprochen, 12 Strafanträge wegen Unterlassung der Winterspritzung und 5 wegen Nichtbeachtung des Kulturpflanzenschutzgesetzes gestellt sowie in 439 Fällen Bescheide auf Grund des Kulturpflanzenschutzgesetzes erlassen. Zur Schulung der Gartenbesitzer wurden 24 Fach- und 26 Lichtbildervorträge sowie 6 Tonfilmvorführungen abgehalten. Auf Grund des Pflanzenschutzgesetzes und der Pflanzeneinfuhrverordnung wurden 6.456 Sendungen, auf Grund des Qualitätsklasseneinfuhrgesetzes 5.314 Sendungen überprüft. Für die Erhaltung der städtischen Grünanlagen, Schulgärten, Grünanlagen in Kindergärten sowie für die Herstellung neuer Gärten und Umgestaltung bestehender Parkanlagen wurden insgesamt 379,288.120 S ausgegeben, die Einnahmen betragen 19,127.836 S.

## Bäder

Im Jahre 1979 standen 23 Warmbäder einschließlich 7 Volksbäder, 4 Warmbäder und Sommerbäder mit zusammen 9 Schwimmhallen, ferner 13 Sommer- und 29 Kinderfreibäder, insgesamt 69 städtische Bäder, in Betrieb.

Die Inbetriebnahme des dem Hallenbad Hietzing angeschlossenen Sommerbades am 14. Juni erhöhte die Zahl der Warm- und Sommerbäder von 3 auf 4. Durch die Eröffnung des Höpflerbades in 23, Atzgersdorf, Endresstraße 24—26, am 29. April nahm die Zahl der in der Verwaltung der Abteilung stehenden Sommerbäder von 12 auf 13 zu. Das Sommerbad Hadersdorf-Weidlingau hingegen stand 1979 wegen Sanierung der gesamten Anlage dem Publikum während einer Saison nicht zur Verfügung. Die Zahl der Kinderfreibäder verminderte sich infolge der durch den überalterten und nicht sanierbaren Zustand bedingten Sperre des Kinderfreibades in 23, Mauer, Oelzelpark von 30 auf 29. Die Kinderfreibäder in 2, Augarten und Max Winter-Platz sowie in 3, Schweizergarten waren wegen Erneuerung beziehungsweise Einbaues der Wasseraufbereitungsanlagen und der Beckeninstandsetzung für eine Saison nicht zugänglich. Die in den 23 Warmbädern inkludierte Anzahl von 8 Volksbädern verringerte sich auf 7 durch die ab 26. September erfolgte Inbetriebnahme der im Volksbad in 5, Einsiedlerplatz eingebaute Sauna. Das Bad wird nunmehr Einsiedlerbad genannt.

Im Zuge größerer baulicher Leistungen, Neuerungen und Veränderungen erfolgten im Einsiedlerbad neben der Fertigstellung des Saunaeinbaues die Erneuerung der Kesselanlage bei gleichzeitiger Umstellung auf Gasfeuerung und dem Umbau der Heizungsanlage in den Brauseräumen. Im Volksbad 10 wurde die Kesselanlage (nunmehr Gasfeuerung) erneuert und im Volksbad 15 die Heizungsanlage auf Automatik umgebaut. Nach Abschluß der Kesselerneuerung im Apostelbad und Durchführung der Kesselinstandsetzung im Geiselbergbad sind auch diese Anlagen auf Gasfeuerung umgestellt. Im Amalienbad kam es zur Sanierung der Damensauna mit der Schaffung einer Wasseraufbereitungsanlage für das Warmbecken, die Erneuerung der Elektroinstallation wurde fortgesetzt. Im Penzinger Bad ging der Frischluftbereich mit Becken im Freien als weiterer Bestandteil der Sauna in Betrieb; im Weisselbad wurde neben Verbesserungen im Dampfbad durch Schaffung einer weiteren Saunakammer die Umstellung der Kesselanlage auf Gasfeuerung durchgeführt. Das Becken und die Wasseraufbereitungsanlagen wurden mit Nirostablech ausgekleidet. Im Sommerbad Laaerberg erfolgte neben Sanierungsmaßnahmen an Baulichkeiten und Installationen die Erneuerung von Blitzschutzanlagen. Im Sommerbad Hadersdorf-Weidlingau ging die Schaffung neuer Becken mit einer zugeordneten Solarerwärmungsanlage und neuen Umkleide- und Betriebsräumen zügig voran, das Kongreßbad erhielt neue Kabinen, und im Angelbad wurde eine Solaranlage zur Kinderbecken- und Duschwassererwärmung geschaffen. An Baulichkeiten und Sanitäranlagen wurden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Auch das Gänsehäufel erhielt neben Blitzschutzeinrichtungen eine Solaranlage zur Duschwassererwärmung, ebenso das Strandbad Stadlau, das überdies an den Straßenkanal angeschlossen wurde. Außer den erwähnten Erneuerungsarbeiten in den Kinderfreibädern in 2, Augarten, Max Winter-Platz und in 3, Schweizergarten wurden entsprechende Arbeiten mit dem Einbau von Solaranlagen in den Bädern in 19, Hugo Wolf-Park und in 23, Rodaun begonnen. Weitere Solaranlagen zur Duschwassererwärmung entstanden in den Bädern in 10, Arthaberplatz und Gudrunstraße, in 12, Ruckergasse, in 16, Hofferplatz und in 18, Währinger Park. In 11 Kinderfreibädern wurden Blitzschutzanlagen errichtet.

Die Planung für die Errichtung von drei weiteren Hallenbädern in Kagran, in der Brigittenau und der Großfeldsiedlung wurde in Angriff genommen, jene für die Generalsanierung des Amalienbades so weit abgeschlossen, daß mit Jahreswechsel 1979/80 die Arbeiten begonnen werden können. Den Wünschen und Bedürfnissen einzelner Gruppen wurde durch die Schaffung eines Abends zum Nacktbaden in der Schwimmhalle des Jörgerbades von Samstag 18 bis 21 Uhr und durch Einführung von Babyschwimmkursen im Hallenbad Floridsdorf, Simmering und im Dianabad Rechnung getragen. Im Jahre 1979 wurde noch keine Verordnung für Saunabäder erlassen.

Die Frequenz in fast allen Bädern und Saunanlagen stieg gegenüber 1978 beachtlich, so in den Schwimmhallen um rund 26 Prozent und den Saunabädern um 12,7 Prozent, die in den Brause- und Wannenbädern

ging wie gewohnt zurück. Die Sonnen- und Sommerbäder profitierten stark durch die außergewöhnlich schöne Witterung im Mai und Anfang Juni — die Besucherzahlen stiegen um 13,5 beziehungsweise 20,3 Prozent — nicht so die Kinderfreibäder, die erst später öffnen. Insgesamt wiesen die städtischen Bäder im Jahre 1979 mit 5.349.153 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr um 497.271 oder 10,2 Prozent mehr Badegäste auf. Auf die Brausebäder entfielen 839.418, auf die Wannenbäder 93.245, auf die Dampf- und Saunabäder 748.106, auf die Schwimmhallen 1.635.147, auf die Medizinalabteilung im Amalienbad 107.038.

## Wasserbau

Der Schutzwasserbau erforderte weitere Erhaltungsarbeiten an Wiener Gewässern, wie am Liesingbach, am Wienfluß und an den übrigen Bächen und Gerinnen. An Neubauten wurden im Unterlauf des Schwchat-Wildbaches die Regulierungsarbeiten am zweiten Baulos weitergeführt und die Projektierungsarbeiten für den dritten Bauabschnitt abgeschlossen. Die Vorarbeiten für das dritte Baulos, hauptsächlich Straßen- und Einbautenverlegungen, konnten in Angriff genommen werden. Die Planung des dritten Bauabschnittes, die Sanierung des Rosenbaches im Bereich des Kinderspielplatzes Dehnpark, wurde fertiggestellt, mit den Bauarbeiten begonnen. Die hydrologischen Untersuchungen für die Ermittlung der wirtschaftlichsten Maßnahmen zur Verbesserung der Hochwassersicherheit des Liesingbaches wurden in Angriff genommen. Die Verrohrung des Choleragrabens, eines Baches, der bei geringer Wasserführung einen hohen Verschmutzungsgrad aufweist, konnte abgeschlossen werden. Im Zuge der Regulierungsarbeiten am Mühlwasser wurden Restarbeiten für eine Schlammabsaugung im Bereich der Kastanienallee und eine Baggerung flußabwärts des Biberhaufenweges durchgeführt. In Fortsetzung der Arbeiten früherer Jahre wurden die Torkretierungsarbeiten an der Wienfluß-Trennmauer im Bereich des Rückhaltebeckens III weitergeführt. Die Regulierungsarbeiten am Halterbach im Bereich der Bujattiggasse wurden mit der Neuherstellung von einsturzgefährdeten Mauerteilen flußab der Linzer Straße begonnen, die Projektierungsarbeiten für den Straßendamm, der die schadhafte Kanalbrücke über das Mühlwasser im Zuge der Kanalstraße ersetzen soll, in Angriff genommen. Im Rahmen der kleinen wasserbaulichen Arbeiten und Planungen wurde an der Gewässerkartei von Wien weitergearbeitet, die Errichtung von Pegelmeßstellen am Liesingbach, Gütenbach, Schreiberbach, Erbsenbach und an der Dürren Liesing fertiggestellt und ein Detailprojekt für die Regulierung des Mukentalergrabens begonnen. Die Untersuchungen zur Verrohrung einer Altarmschlinge der Liesing (HIAG) konnten abgeschlossen werden, mit der Untersuchung der Retentionsmöglichkeiten eines Kräuterbach-Rückhaltebeckens wurde begonnen.

Im Verkehrswasserbau wurden im Rahmen der Erhaltungsarbeiten im Hafen Kuchelau Schäden an den rechtsufrigen Böschungsteilen instand gesetzt, an der linksufrigen Böschung sowie am Böschungsfuß die diesbezüglichen Arbeiten in Angriff genommen.

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes für Wien wurde am rechten Donauufer mit den Bauarbeiten für den „Rechten Donaudamm“ im Bauabschnitt I — Bereich Floridsdorfer Brücke bis Nordbahnbrücke — im November 1979 begonnen, die Sanierung der Ländenbereiche in Höhe Traisengasse in Angriff genommen, das Projekt für den Dammbereich Nordbahnbrücke bis Höhenstraße ausgearbeitet. Am linken Donauufer konnten die Arbeiten für die Brückenpfeilerunterfangungen an der Nord- und Ostbahnbrücke im Bereich des Entlastungsgerinnes abgeschlossen, die Brückenpfeilerummantelung beziehungsweise -unterfangung für die Praterbrücke mit Ausnahme der Einzelstützen bei allen Pfeilern durchgeführt werden. Mit den Bauarbeiten für die Unterfangung der Pfeiler der Nordbahn-(Schnellbahn-)Brücke wurde im Oktober 1979 begonnen. Die Baugrubenumschließung wurde fertiggestellt, mit den Arbeiten an der Herstellung der Bohrpfahlwände ebenfalls begonnen. Das Baulos 1 des Entlastungsgerinnes erstreckt sich von Wehr 1 bis zum Hafen Lobau über eine Gesamtlänge von 9,4 km. Die Baggerungen im Gerinneauslaufbereich (Hafen Lobau) konnten abgeschlossen werden. Bisher wurden rund 9,2 Millionen m<sup>3</sup> Aushubmaterial gewonnen und für den Ausbau der Dammverstärkung und Donauinsel verwendet. Die drei gebaggerten Gerinneabschnitte haben insgesamt eine Länge von rund 6,4 km, das Ausmaß der fertiggestellten Ufer und Inselflächen beträgt rund 95 ha. Am 15. November 1979 wurde von der „Österreichischen Mineralölvertriebsgesellschaft“ mit der Umlegung der Produktenerleitung begonnen. Die Arbeiten werden in einem Zeitraum von rund zwei Jahren abgeschlossen werden. Das Baulos 2 erstreckt sich vom Einlaufbauwerk bis zum Wehr 1 über eine Länge von rund 12 km. Im Jahre 1979 wurde ein Gerinneabschnitt von 1,6 km Länge ausgebagert, so daß ein geschlossener Gerinneabschnitt von 5,4 km hergestellt ist. Bisher wurden 8,9 Millionen m<sup>3</sup> Aushubmaterial gewonnen und für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet. Rund 2,5 Millionen m<sup>3</sup> Material mußten auf Deponien außerhalb des Baubereiches untergebracht werden. Das Ausmaß der fertiggestellten Ufer und Inselflächen beträgt derzeit rund 100 ha. An der Überströmstrecke Stopfenreuth konnte die Rohdammschüttung für den Witzelsdorfer Rückstaudamm fertiggestellt werden. Mit der Humusierung und der Herstellung der Wege und Rampen wurde begonnen.

## Forstamt

Mit der neuen Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien vom 27. Februar 1979 ist der Landwirtschaftsbetrieb aus der Magistratsabteilung 49 ausgeschieden. Seitdem ist die nunmehr als Forstamt der Stadt Wien bezeichnete Abteilung 49 im wesentlichen mit der Bewirtschaftung und Verwaltung der Wienerwaldforste sowie der in Niederösterreich und der Steiermark gelegenen Quellenschutzforste betraut.

Das *Flächenausmaß* der Grundstücke, die von der Abteilung nach der Trennung vom Landwirtschaftsbetrieb zu Jahresende 1979 bewirtschaftet wurden, betrug im Bereich des Landes Wien 7.995,93 ha und in den Quellenschutzforsten 32.231,12 ha, insgesamt 40.227,05 ha. Gegenüber 1978 kam es nur zu unwesentlichen Flächenänderungen, die sowohl auf Zuweisungen im Bereich des Wald- und Wiesengürtels im Lande Wien als auch auf Katasterberichtigungen zurückzuführen sind. Die Forstflächen im Quellenschutzgebiet, insbesondere die in Niederösterreich gelegenen Revierteile, standen noch unter den Nachwirkungen der Windwurfkatastrophe des Jahres 1976. Obwohl das angefallene Schadholz fast durchwegs aufgearbeitet und abgeführt ist, mußten dennoch Sekundärwürfe, die immer wieder an den Rändern der großen Schadflächen auftraten, aufgearbeitet, als auch jene Bestandeselemente oder Baumgruppen, die vom Käfer befallen wurden, abgetrieben und aus dem Wald gebracht werden. Diese an sich erwarteten Folgen nach dem Windwurf stellen äußerst zeit- und aufwendige Tätigkeiten dar, da Einzelnutzungen in weiträumig verstreuten Revierteilen sowohl die Aufarbeitungs- als auch die Bringungskosten stark anheben und zugleich, im Hinblick auf die beeinträchtigte Holzgüte, geringeren Ertrag erbringen.

Die Bekämpfung der Schadinsekten wurde in allen Revierteilen der in Niederösterreich gelegenen Quellenschutzforste intensiv betrieben. Dabei wurden die bisher üblichen Methoden, mit Auslegen von Fangbäumen, zur Anwendung gebracht und die Bekämpfung mit einem von der Magistratsabteilung 15 genehmigten 2prozentigen Lindanpräparat durchgeführt. Darüber hinaus gelangten noch Pheromon-Fallen zur Anwendung, eine Bekämpfungsmethode, die erst in jüngster Zeit Verwendung findet. Es handelt sich dabei um Duftstoffe in kleinen Beuteln, die artspezifisch den achtzähligen Fichtenborkenkäfer anlocken und in einer geeigneten Vorrichtung einfangen. Mit dieser äußerst wirksamen Fang- und Bekämpfungsmethode konnten in der Hauptschwärmezeit des gefährlichen Käfers je Falle etwa 500 bis 700 Stück gefangen werden, bei einer Anzahl von etwa 1.500 Stück ausgelegten Fallen. Abgesehen von der Schadholzaufarbeitung als Folge der Windwürfe und im Sinne einer wirksamen Forsthygiene erfolgten in den übrigen Revieren Nutzungen im Rahmen der Nutzungspläne.

Der *Gesamtholzeinschlag* betrug im Jahre 1979:

	Blochholz fm	Schleif- und Grubenholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste .....	5.728,02	1.476,15	9.194,46	16.398,63
Quellenschutzforste .....	68.004,81	10.404,85	6.062,60	84.472,26
Zusammen .....	73.732,83	11.881,00	15.257,06	100.870,89
Prozent .....	73,1	11,8	15,1	100,0

Gegenüber 1978 ist der Holzeinschlag, nicht unerwartet, um rund 40.000 fm zurückgegangen; er wird in den Folgejahren voraussichtlich weiterhin abnehmen. Die in den Vorjahren erforderlich gewesene Mehrnutzung durch Aufarbeitung der Primär- und Sekundärwürfe, der Abtrieb gefährdeter Schlagränder und der Käferbäume würden beibehaltend die Nachhaltigkeit des Forstbetriebes vor allem im Sinne des Quellenschutzes in Frage stellen.

Bei der *Rohholzausgabe* war man bemüht, das gesamte angefallene Holz umgehend zu vermarkten, da infolge des langen Zeitraumes seit seinem Anfall und der bestehenden akuten Insektenbefallgefahr die Qualität ohnehin beeinträchtigt war. Folgende Holz mengen wurden ausgebracht und dem Holzmarkt zugeführt:

	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste .....	7.288,39	9.443,66	16.732,05
Quellenschutzforste .....	80.358,02	6.412,34	86.770,36
Zusammen .....	87.646,41	15.856,00	103.502,41

Die unter Nutzholz angeführte Holzmenge beinhaltet auch jenes Sägerundholz, im Ausmaß von 10.322,64 fm, das zum Sägewerk Hirschwang der Stadt Wien zur Erzeugung von Schnittholz angeliefert wurde.



Amtsführender Stadtrat Peter Schieder (Umwelt und Freizeit) betätigt sich als Baumpflanzer. Anlässlich der Woche des Waldes setzten Schülerinnen und Schüler den ersten Schulwald am Hermannskogel

Forstamt

Sport

Der FavAC-Sportplatz im 10. Bezirk erhielt ein neues Rasenspielfeld







Ein neues geländegängiges Kranfahrzeug der Type Saturn 25 F steht für den Einsatz bereit

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Dieses Arbeitsboot soll bei Schiffsunfällen Hilfe leisten und die für die Ölwehr notwendigen Geräte samt Bedienungsmannschaft an die auf dem Wasser gelegene Einsatzstelle bringen



Die Lage am Rundholzmarkt war 1979 rege und begünstigte einen zügigen Abverkauf der angefallenen Holzpartien. Im Hinblick auf die gegenüber 1978 geringeren Holz mengen konnten sogar die Wünsche der Holzkäufer nicht zur Gänze befriedigt werden. Äußerst rege war auch die Nachfrage am Brennholzmarkt, und zwar sowohl in den Bundesländern als auch im Bereich der Bundeshauptstadt Wien.

Im Sägewerk Hirschwang hielt die rege Nachfrage vom Schnittholzmarkt weiterhin an. Im Vergleich zu 1978 war die Preissituation für die Bilanz des Sägewerkes günstiger. Der Jahresverschnitt betrug 12.812,92 fm, wobei bei einer Ausbeute von 65,2 Prozent Schnittholz in einer Menge von 8.354,334 m<sup>3</sup> erzeugt wurde. Zum Verkauf gelangten 5.168,825 m<sup>3</sup> Schnittholz. Wie bereits erwähnt, war die Güteklasse des zum Verschnitt gelangten Sägerundholzes wesentlich beeinträchtigt. Der Anteil der Braunbloche, die im Sägewerk Hirschwang zum Verschnitt gelangte, betrug rund 30 Prozent, da die Lagerschäden im Wald nun zur Auswirkung kamen. Die vorangegangenen Windwürfe und die durch sie verursachten Blößen und lückigen Bestände mußten im Sinne der Widmung der Forste und unter Bedachtnahme auf die Wasserbilanz im Boden großflächig aufgeforstet werden. Die Aufforstungsarbeiten konnten zwar noch nicht abgeschlossen werden, jedoch wurde unter Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte die kurze Zeit, in der Kulturarbeiten durchgeführt werden können, voll genutzt. 1.210.420 Bäume und Sträucher wurden für Wiederaufforstungen, 114.000 für Nachbesserungen vorhergehender Kulturen und 55.200 für Neuaufforstungen benötigt. Unter Hinzurechnung der Wohlfahrtsaufforstungen, Neuaufforstungen im Raume Wien und der Neupflanzungen auf der Donauinsel wurden insgesamt 1.654.000 Bäume und Sträucher versetzt. Stellt man die Zahl der Forstpflanzen, die im Jahre 1979 zur Kultur gelangten, der des Jahres 1978 gegenüber, in dem ohnehin Windwurfflächen aufgeforstet wurden, so ergibt sich eine bedeutende Steigerung um 82 Prozent bei den Wiederaufforstungen und um 30 Prozent bei den Nachbesserungen, bei der Gesamtzahl eine Zunahme um 58 Prozent. Die Aufforstungsflächen umfaßten 1979 bei Wiederaufforstungen 285,41 ha, bei Nachbesserungen 33,35 ha und bei Neuaufforstungen 9,70 ha, Wohlfahrtsaufforstungen und die Aufforstungen auf der Donauinsel ausgenommen. Zum Schutze der Kulturen gegen Wildverbiß, aber auch gegen das unbefugte Betreten wurden 3.350 m Zäune errichtet, und überdies auf einer Gesamtfläche von 183,2 ha den Kulturpflanzen Einzelschutz gewährt.

Der mit Beginn der Windwurfaufarbeitung eingeleitete Straßenbau zu den Hauptschadflächen ist im wesentlichen bereits im Jahre 1979 beendet worden. In Planung befinden sich für die Folgejahre noch Stichwege und Forststraßenzusammenschlüsse. 18.977 m Forststraßen wurden 1979 fertiggestellt. Damit haben die Quellenschutzforste eine Forststraßendichte von 11,37 m/ha Waldfläche erreicht, die im Hinblick auf die alpine Lage der Reviere als annähernd wirtschaftlich günstig betrachtet werden kann.

Die Bringung des angefallenen Holzes erfolgte fast durchwegs mittels Lastkraftwagen auf den Forstaufschließungswegen. Von jenen Forstflächen, zu denen ein Forststraßenbau nicht wirtschaftlich vertretbar erscheint, wurde das Holz mittels mobiler Seilkrananlagen oder bestehender Seilbahnen zu Tal gefördert. Insgesamt konnten 3.068 fm Rundholz eingebracht werden, davon 1.137 fm aus der Forstverwaltung Hirschwang, 1.684 fm aus der in Naßwald und 247 fm aus der in Wildalpen.

In den Eigenjagden der Stadt Wien wurden im Jahre 1979 folgende Wildzahlen geschätzt und Abschüsse getätigt:

	geschätzter oder gezählter Bestand	Wild erlegt
Rotwild .....	1.080	373
Rehwild .....	1.900	472
Gamswild .....	2.300	389
Muffelwild .....	820	137
Damwild .....	280	47
Schwarzwild .....	900	738

Dem Abgang muß noch die Fallwildanzahl hinzugerechnet werden; es waren 22 Stück Rotwild, 130 Stück Rehwild, 50 Stück Gamswild, 5 Stück Muffelwild und 2 Stück Schwarzwild.

In den Jagdrevieren der Stadt Wien in den Quellenschutzforsten, insbesondere in jenen des Windwurfgebietes in Niederösterreich, konnte teilweise der planmäßige Abschluß nicht erfüllt werden, da durch die erhöhten Eingriffe in den Vorjahren die präliminierten Stückzahlen nicht erreichbar waren. Die verstärkte Bejagung und die hierdurch erreichte Wildstandsreduzierung waren insbesondere im Hinblick auf die großen Kulturf lächen im Windwurfgebiet erforderlich.

Die Verwendung der Forstarbeiter der Stadt Wien weist signifikant die unterschiedlichen Aufgabenbereiche in den Quellenschutzforsten gegenüber den Forsten im Wiener Raum auf. So wurden die Forstarbeiter in den Quellenschutzforsten zu 30 Prozent zur Holzgewinnung und zu 17 Prozent zur Geländeerhaltung herangezogen, während sie sich in den Forsten im Raume Wiens nur zu 14 Prozent in der Holzgewinnung betätigten.

24 Prozent der Arbeitszeit gingen in diesem Gebiet für Erholungswaldmaßnahmen, 17 Prozent für Kulturarbeiten auf. Infolge Arbeitskräftemangels mußten überdies sowohl bei der Holzgewinnung als auch bei Kulturarbeiten und Erholungswaldmaßnahmen Fremdfirmen Arbeitsaufträge erteilt werden.

Der Wiener Bevölkerung wurde in den letzten Jahren im Wald- und Wiesengürtel eine Vielzahl von Erholungseinrichtungen in Entsprechung der Zielsetzung der Stadtverwaltung auf Schaffung und Erhaltung einer wirkungsvollen Erholungslandschaft zur Verfügung gestellt. Im Hinblick auf die individuellen und altersmäßig bedingten unterschiedlichen Erholungsbedürfnisse hat eine räumliche Trennung, was die Ausgestaltungintensität anbelangt, zu erfolgen. Das Schwergewicht lag 1979 einerseits im Lainzer Tiergarten samt Vorland, im Höhenstraßenbereich und am Bisamberg als Wander- und Ausflugsgebiet, andererseits in der Lobau als Badegebiet. An Erholungseinrichtungen wurden Wanderwege, Rastplätze mit Tischbänken sowie Lagerwiesen und Waldspielplätze angeboten oder erweitert. Mit Unterstützung des Vereins „Niederösterreich-Wien gemeinsame Erholungsräume“, dem 3,56 Millionen Schilling zur Verfügung standen, wurden Erholungswaldprojekte durchgeführt beziehungsweise begonnen: So wurde der Parkplatz „Grüaß di a Gott-Wirt“ für rund 60 Pkw an der Höhenstraße ausgebaut, ebenso der in der Lobau an der Saltenstraße für rund 90 Pkw; ferner konnten Erholungseinrichtungen und Spielplätze am Bisamberg-Falkenberg hergestellt werden. Vom Zugberg zur Wienerhütte wurde ein Wanderweg erneuert, vom Wilhelminenberg zur Kreuzzeichenwiese und vom Hameau zum Häuserl am Roan jeweils ein weiterer saniert. Am Rendezvousberg (Schanzen) bei Stammersdorf wurde ein Rundwanderweg angelegt. Ferner waren 10 Unterstandshütten im Wienerwaldbereich zu errichten, 200 ha Wienerwaldwiesen weiterzupflegen und mußte die Grünverbindung Großjedlersdorf—Stammersdorf vergrößert werden. Zur Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels im Bereich des 11. (Seeschlacht), 21. und 22. Bezirkes wurden insgesamt rund 2,5 ha Wohlfahrtsaufforstungen mit insgesamt 19.200 Stück Forstpflanzen angelegt. Auf der neugeschaffenen Donauinsel wurden sowohl im Nord- als auch im Süd-Teil die Begrünungs- und Bepflanzungsarbeiten fortgesetzt; auf einer Fläche von 20 ha konnten rund 171.500 Bäume und Sträucher maschinell mittels Pflanzpflügen versetzt sowie rund 25 ha Lagerwiesen angelegt werden.

Entsprechend dem Forstgesetz 1975 wurde die Forstliche Raumplanung für den Bereich des Landes Wien weitergeführt, wobei die Kartierung der aktuellen Waldflächen parzellengenau zu zwei Drittel abgeschlossen ist. Die „Woche des Waldes“, die vom 23. bis 27. April in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft sowie mit dem Stadtschulrat für Wien veranstaltet wurde, ermöglichte 2.000 Wiener Schülern an Lehrwanderungen mit Waldquiz sowie an Demonstrationsaufforstungen teilzunehmen.

## Sportangelegenheiten

Wie schon in den vergangenen Jahren bildete die Bautätigkeit einen der Schwerpunkte bei den Maßnahmen auf dem Sportsektor. Im Sportzentrum West konnten der Ausbau der Westtribüne durch die Schaffung von zusätzlichen Kabinen samt allen erforderlichen Nebenräumen und die Herstellung von zwei neuen Spielfeldern, Trainingsfeldern, nahezu abgeschlossen werden. Das umfangreiche Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungen-GmbH verwalteten Anlagen wird weiterhin schrittweise verwirklicht. So konnte der Einbau einer neuen Heizungsanlage für das gesamte Wiener Praterstadion fertiggestellt werden. Neue Jugendspielplätze wurden in 12, Eibesbrunnengasse, und in 21, Trillergasse, errichtet. Die Vorarbeiten für die Generalsanierung der Sporthalle in der städtischen Wohnhausanlage in 21, Jedleseer Straße—Karl Seitz-Hof, wurden soweit abgeschlossen, daß mit den Sanierungsarbeiten im Frühjahr 1980 begonnen werden kann.

Über Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit zur Einsichtnahme in eine umfangreiche Sportdokumentation, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzungen für eine intensive Beratung der Bauwerber geschaffen werden konnten. In Zusammenarbeit mit diesem Institut wurde die erste Phase der Erstellung eines Wiener Landesleitplans für den Sportstättenbau abgeschlossen, in der die exakte Erfassung sämtlicher im Lande Wien bestehender allgemeiner Sportanlagen, Sporthallen und Hallenbäder sowie der Spezialanlagen erfolgte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation, umfassend den Wiener Landessportrat und den Wiener Landessportfachrat sowie deren Arbeits- und Fachausschuß, stellen eine geeignete Plattform dar für alle Beratungen, die zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlich sind. Die Mitarbeit bei Maßnahmen zur widmungsgemäßen Vorsorge für die Sport- und Erholungsflächen sowie die Sicherung von in ihrem Bestand gefährdeten Sportanlagen standen im Mittelpunkt der umfangreichen Tätigkeit. Dem Wiener Landessportrat obliegt weiters die Verteilung der Subventionsmittel an die Fachverbände und den Leistungssport. Bei der Aufteilung der Förderungsmittel im Fachverbandssport wurde wieder auf das schon bewährte Punktesystem zurückgegriffen, das die Zahl der Vereine und ihrer Mitglieder, die sportlichen Erfolge und Aktivitäten, die Durchführung von Lehrgängen, ferner die Entsendung von Landesauswahlen zu internationalen Wettkämpfen und

schließlich die Durchführung von Meisterschaften sowie von nationalen und internationalen Wettkämpfen berücksichtigt. Aus den Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Durchgängen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, 56 Prozent der Fahrtkosten rückvergütet, insgesamt 900.000 S. Bei der Teilnahme an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt, wobei die Entschädigungssätze, insgesamt 300.000 S, je nach der Entfernung gestaffelt wurden. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern wurden 600.000 S angewiesen, für die im Jahre 1977 ins Leben gerufene Förderung von Spitzensportlern (Subjektförderung) 500.000 S aufgewendet. Im Jahre 1979 fanden 10 Sitzungen des Arbeitsausschusses des Landesportrates statt. Der Wiener Landessportfachrat hielt am 14. Februar 1979 seine Vollversammlung ab, während sein Fachausschuß neunmal zusammentrat.

Die Abteilung betrieb 20 Jugendspielplätze und 33 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen wurden. Weitere 7 Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße 106, in 10, Laxenburger Straße—Heubergstättenstraße, in 16, Kandlerstraße 38, und in 20, Lorenz Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt. Seit dem Jahre 1966 betreibt die Stadt Wien einen Schlepplift in 14, Mauerbachstraße 172, auf der Hohen Wand-Wiese, der sich bei den Wintersportlern größter Beliebtheit erfreut. Im Jahre 1979 wurden auf dieser Schlepplifitanlage 131.567 Erwachsene und 81.180 Kinder befördert. Auf der Himmelhof-Wiese im 13. Bezirk steht seit dem Jahre 1974 den weniger geübten Schifahrern ein Baby-Lift zur Verfügung, mit dem 2.410 Erwachsene und 3.480 Kinder befördert wurden.

Auf dem Cobenzl wurde im Zusammenhang mit einer Versicherungsgesellschaft eine Fitneß-Strecke mit insgesamt 20 Stationen eingerichtet, die im Winter auch als Langlaufloipe Verwendung findet. Für die Benutzer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufschiern ergänzte das Service.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-Kiba Betriebs- und Veranstaltungs-GmbH verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen kostenlos zur Verfügung gestellt, die Mittel für die direkte Sportförderung der Stadt Wien in konsequenter Fortsetzung des im Jahre 1968 eingeschlagenen Weges Jahr für Jahr erhöht. Die Sportorganisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter Subventionen unterstützt, außerdem erhalten sie weitere Beihilfen für Erhaltung und Verwaltungsmaßnahmen. Neben dieser Sportförderung, die im Jahre 1978 erstmals in Subventionen und sonstige Beiträge — 1979 belief sich der Betrag auf 31.560.000 S beziehungsweise 55.900.000 S — unterteilt wurde, werden alljährlich Mittel aus dem Erträgnis des Sportgroßschens und der Vergnügungssteuer bereitgestellt. 1979 waren dies 8.814.000 beziehungsweise 2.280.566 S.

Mit den Jugendportaktionen „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, Jugendschwimmaktion „Talent — Leistungsschwimmen“ und „Talent — Turnen“ wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein „Wiener Jugendkreis“ und diversen Fachverbänden durchgeführt, die benötigten Anlagen zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen gemietet. Weiters war die organisatorische Arbeit, wie die Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorzunehmen und die Tätigkeit der vom Wiener Jugendkreis und den Fachverbänden eingesetzten Mitarbeiter, wie Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer, zu überwachen.

Anlässlich der Aktion „Sportplatz der offenen Tür“ waren auf einzelnen Übungsstätten Neigungsgruppen beziehungsweise ein Schwerpunktunterricht in Tischtennis, Basketball, Handball, Leichtathletik, Geräteturnen und Schilanglauf (Kunststoff-Loipe) eingerichtet.

Die Aktion fand vom 17. Mai bis 31. August 1979 auf 18 Sportstätten bei einer Gesamtbeteiligung von 30.455 Teilnehmern statt. Mit diesem Angebot war sie auch ein Teilgebiet des Wiener Ferienspiels sowie des Wiener Ferien-Clubs. Bei der „Jugendeislaufaktion“ in der Wiener Donauparkhalle wurden Normalkurse, Kleinkinderkurse für Kinder bis zum 6. Lebensjahr, Mutter-und-Kind-Kurse für Mütter mit Kindern im Vorschulalter, ein Perfektionskurs und ein Eishockeykurs angeboten und im Zeitraum vom 13. November 1978 bis 7. März 1979 von insgesamt 33.974 Teilnehmern frequentiert.

Die „Fahrten zum Schnee“ sind seit vielen Jahren fester Bestandteil der außerschulischen Jugendportförderung. Vom 14. Jänner bis 4. März 1979 fanden an 8 Sonntagen Tagesschifahrten nach Göstling/Ybbs, Annaberg—Lassingtal und Wienerbruck statt; sie wurden am 4. März mit einem für alle Teilnehmer offenen Schirennen abgeschlossen. Begleitpersonen hatten die Möglichkeit, an jeder zweiten Sonntagsfahrt teilzunehmen. An dieser Veranstaltung beteiligten sich insgesamt 1.595 Kinder, 176 Erwachsene und 11 jugendliche Begleitpersonen sowie mit einem eigenen Bus auch die Schilangläufer.

Während sich die genannten Aktionen hauptsächlich mit dem Unterricht für Anfänger befaßten, wurde bei anderen Veranstaltungen das Augenmerk auf bereits bestehende sportmotorische Leistungen sowie auf deren Verbesserung gelegt. In Zusammenarbeit mit dem Landesschwimmverband Wien wurde vom 6. November

1978 bis 2. April 1979 in vier Wiener Hallenbädern die Jugendsportaktion „Talent – Leistungsschwimmen“ durchgeführt. Das von den Sieben- bis Zwölfjährigen bei der Aufnahme geforderte Leistungslimit konnte bei einigem Talent erfüllt werden. 13 Trainer des Landesschwimmverbandes Wien betreuten die 223 daran teilnehmenden Kinder. In Zusammenarbeit mit dem Fachverband für Turnen wurde die Aktion „Talent – Turnen“ durchgeführt. Die Auswahl und die Aufnahme der Kinder in die Leistungsriegen erfolgen jährlich nach den Wiener Meisterschaften. Vier Trainerinnen und Trainer betreuten 20 Mädchen und 25 Knaben.

In den Semesterferien vom 5. bis 10. Februar wurde in Zusammenarbeit mit der Bäderverwaltung, dem Landes-Schiverband Wien und dem Verein „Wiener Jugendkreis“ ein spezielles Sportprogramm angeboten.

In den städtischen Bädern, Sporthallen, beim Jugendeislaufen in der Wiener Stadthalle und in der Donauparkhalle, auf der Langlauf-Loipe, auf den Schipisten Hohe Wand-Wiese und Himmelhof-Wiese sowie bei den täglichen Fahrten zum Schnee wurden insgesamt 37.504 Kinder registriert.

Die Landessportorganisation Wien führte am Samstag, dem 19. Mai 1979, den Tag des Sports 1979 durch. Höhepunkt dieser Veranstaltung war der große Ringstraßenlauf, an dem trotz des wahrhaft hochsommerlichen Wetters mehr als 1.000 Personen teilnahmen. Als flankierende Maßnahme wurde von zahlreichen Wiener Sportvereinen am Freitagnachmittag beziehungsweise am Abend unter dem Motto „Vereine stellen sich vor“ ein Tag der offenen Tür durchgeführt, während am Samstagvormittag in vielen Wiener Schulen als Beitrag zum „Tag des Sports“ eigene Sportveranstaltungen stattfanden. Die Spitzensportveranstaltung für den Tag des Sports bildeten die UEFA-Cup-Finalsiege im Wiener Weststadion am Pfingstsonntag, dem 2. Juni, in deren Rahmen auch die traditionelle Ehrung der Wiener Staatsmeister sowie die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Wien an besonders verdiente Spitzensportler und Funktionäre vorgenommen wurden. Anlässlich des Staatsfeiertages am 26. Oktober führte die Bundessportorganisation wie alljährlich in ganz Österreich Fit-Läufe und Fit-Märsche durch. Die Abteilung koordinierte die betreffenden Veranstaltungen für den Wiener Raum.

## Presse- und Informationsdienst

Die „Rathaus-Korrespondenz“ (rk) gab 1979 über das Fernschreibnetz der Austria Presse Agentur (APA) insgesamt mehr als 4.200 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der „Rathaus-Korrespondenz“ umfaßte 3.348 Blatt, die Auflage betrug 850 Stück. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus dem kommunalen Bereich, in Lokalmeldungen und in Meldungen aus Kultur, Wirtschaft und Sport und wird an sämtliche Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen sowie an Wochen- und Monatszeitungen und an verschiedene andere Institutionen und Personen ausgesendet. Für die täglichen aktuellen Lokalmeldungen ist die Stammredaktion der „Rathaus-Korrespondenz“ zuständig, deren Diensthabender Redakteur werktags jeweils in der Zeit von 7.30 bis 19.30 Uhr zu erreichen ist. Am Samstag und Sonntag macht gleichfalls ein Redakteur Dienst; in der übrigen Zeit werden die Anrufe auf Tonband aufgenommen, so daß die „rk“ praktisch Tag und Nacht erreichbar ist. Das übrige Nachrichtenmaterial aus allen Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird von den Pressereferenten des Bürgermeisters und von denen der amtsführenden Stadträte erarbeitet. Die Pressereferenten sind auch für die Vorbereitung und Organisation von Pressekonferenzen und Presseführungen zuständig. Insgesamt wurden im Jahre 1979 85 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten davon im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck werden jeweils Presseinformationen hergestellt, fallweise auch Photos, Zeichnungen und Pläne sowie andere Presseunterlagen. Jeden Mittwoch mittag nach der Sitzung des Stadtsenates hält Bürgermeister Leopold Gratz ein Pressegespräch ebenfalls in dem betreffenden Konferenzsaal ab. Anlässlich der Nationalratswahl am 6. Mai wurden von der Abteilung in der betreffenden Nacht laufend die neuesten Wahlergebnisse über das Fernschreibnetz der „rk“ ausgesendet. Für die täglich zweimal um 7.07 Uhr und 11.44 Uhr im Regionalprogramm des Österreichischen Rundfunks gesendete aktuelle Information werden Texte von Redakteuren der „Rathaus-Korrespondenz“ zusammengestellt. Zu der Arbeit der Pressereferenten gehört auch das Verfassen von Artikeln und Reden sowie die Mitarbeit an den im Informationsbereich der Abteilung veröffentlichten Publikationen, Flugblättern, Insertionen und dergleichen. Eine wöchentliche Zusammenfassung der Meldungen der „rk“ wird ebenfalls von den Redakteuren erarbeitet. Diese Wochenübersicht „rk-intern“ wurde in einer Auflage von jeweils 1.500 Exemplaren gedruckt. Zum Bezieherkreis zählen vor allem leitende Beamte der Stadt Wien, städtische Funktionäre, aber auch andere interessierte Stellen im In- und Ausland.

Die Betreuung der Auslandspresse kam 118 ausländischen Journalisten zugute, die nicht beim Bundespresse-dienst akkreditiert waren, sich also nur vorübergehend in Wien aufhielten, beziehungsweise wurden ihnen Unterlagen für Rundfahrten „Modernes Wien“ oder Stadtpaziergänge zusammengestellt. 104 Auslandskorrespondenten, die ständig in Wien arbeiten, erbatn für ausführliche Artikel Background-Informationen. 26 Rundfunk- und TV-Stationen entsandten Teams nach Wien, die bei der Durchführung von Reportagen oder Herstellung von Kulturfilmen unterstützt wurden. Zusätzlich wurden zehn Photoreportagen über Wiener kommunale Themen unter Mithilfe der Abteilung hergestellt. 121 briefliche oder telephonische Anfragen von Journalisten außerhalb Österreichs mußten bearbeitet werden, wofür Informationsmaterial zusammenzustellen und eventuell

auszugsweise in die gewünschte Fremdsprache zu übersetzen war. Die Anfragen kamen aus allen europäischen Ländern, aus Kanada, Japan, Formosa, China, den USA, Neuseeland, der Sowjetunion, Brasilien, Mexiko, Argentinien, den Philippinen sowie aus afrikanischen Staaten. In dieser Zusammenstellung sind die SAL-Gespräche und die UN-Konferenz nicht enthalten.

Die Zeitschrift „wien aktuell“, in der gegenwärtigen Aufmachung als repräsentatives Vierfarben-Magazin seit 1975 vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien herausgegeben (Eigentümer und Verleger: Stadt Wien), erschien im Jahre 1979 insgesamt zehnmal in einer Auflage von jeweils rund 60.000 Stück; der Umfang betrug pro Heft 32 Vierfarben-Seiten und 32 Schwarzweiß-Seiten („konfrontationen & perspektiven“); bei zwei Heften (1/2 und 11) kam jeweils eine vier Seiten starke Beilage hinzu, einem Heft (4) war ein Stadtplan der Wiener Verkehrsbetriebe beigeheftet. Ein Teil der Auflage (rund 8.000 Stück), der zusammen mit dem englischsprachigen Mitteilungsblatt „wien international“ an in Wien lebende Ausländer sowie ins Ausland versandt wurde, war wieder mit einer erweiterten Inhaltsangabe und dem kompletten Text der jeweiligen Titelstory in englischer Sprache ausgestattet. Die Hauptthemen der zehn „wien aktuell“-Hefte des Jahrganges 1979 waren: Energieversorgung (Heft 1/2), Hochschulen (Heft 3), Verkehr (Heft 4), Wiener Arbeiterkammer (Heft 5), Wien und die anderen Bundesländer (Heft 6), UNO-City (Heft 7/8), Musik (Heft 9), Energiesparen (Heft 10), Sozialdienste (Heft 11), bildende Kunst (Heft 12).

Vom Amtsblatt der Stadt Wien sind im Jahre 1979 insgesamt 52 Nummern in einer Auflage von jeweils 10.000 Stück mit zusammen 2.080 Seiten erschienen, weiters 42 Sonderdrucke. Vom Landesgesetzblatt für Wien sind 33 Stück mit 122 Seiten herausgegeben worden. Der Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger ist achtmal erschienen und brachte auf 160 Seiten Tauschangebote.

Die Dokumentation umfaßt die tägliche Herstellung des Pressespiegels, in dem vor allem die auf die Stadtverwaltung bezugnehmenden Artikel in den Wiener Tageszeitungen sowie in „profil“, „Wochenpresse“, „Furche“ und „NFZ“ unter Berücksichtigung der Auswertung der „rk“ festgehalten werden. Der Pressespiegel wird durch Kurzfassungen kommunalpolitisch relevanter ORF-Sendungen ergänzt. Die ORF-Sendungen werden mit Hilfe eines vorprogrammierten Tonbandgerätes oder mittels Videorecorder aufgezeichnet und im Bedarfsfall einige Zeit gespeichert. Im Anhang des Pressespiegels werden auch die Bundesländerzeitungen des Vortages berücksichtigt. Der Pressespiegel dient außerdem der Redaktion der Abteilung als wichtige Informationsquelle.

Im Handarchiv werden Zeitungsausschnitte und die „rk“ sowie andere Publikationen nach Stichwörtern abgelegt. Die Arbeit wird von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs durchgeführt.

Folgende Veranstaltungen wurden durchgeführt: SAL-Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Bundespressedienst vom 14. bis 17. Juni, die Inbetriebnahme der Straßenbahn nach Alt-Erlaa am 27. September „Der 64er kommt“ und die Eröffnung der U-Bahn-Station Nestroyplatz am 24. November.

Anlässlich des „Tages der offenen Tür“ wurde die Sendung „Autofahrer unterwegs“ aus dem Festsaal des Wiener Rathauses übertragen. An dieser Veranstaltung, die im Jahre 1979 am 22. September stattfand, nahmen insgesamt rund 152.000 Besucher teil; das Rathaus besuchten 91.000 Personen.

Der Christkindlmarkt fand wieder auf dem Rathausplatz statt. Gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien wurde, wie in den vergangenen Jahren, eine Bemalung der Rückseiten der Stände organisiert. Rund 1.000 Kinder haben großflächige Zeichnungen angefertigt, wobei die am besten gelungenen Zeichnungen prämiert wurden.

Im Jahre 1979 wurden folgende Publikationen herausgegeben: Die Stadt Wien hilft (8. Auflage); Wien kurz gefaßt (9. Auflage); Damit Ihr Geld mehr wert ist; Standortkatalog für neue Nahversorgungsbetriebe in Wien; Serviceleistungen der einzelnen Geburtshilflichen Abteilungen; Wiener U-Bahn — „Linie U 1“ (Nestroyplatz); Wien in Zahlen; Wien lädt ein ... Rundfahrten „Modernes Wien“; Eine glückliche junge Frau (Nachdruck); Geschäftsordnung für den Magistrat; Tag der offenen Tür; Budget 1980; Kleiner Ratgeber für Pilzfreunde; Tag des Sports; Diplompfleger in Wien (Nachdruck); Der 64er kommt; Bürgerdienst-Postkarte; Projekt: A 24; Akademie für Sozialarbeit in Wien und Kleiner Ratgeber für Spitalpatienten (Nachdruck).

Als Flugblätter wurden verteilt: Informationszentrum für die Wiener Wirtschaft; U-Bahn Nestroyplatz; Kopfläuse kommen wieder (in deutscher, serbokroatischer und türkischer Sprache); außerdem wurden diverse Flugblätter „Wien informiert“ über Flächenwidmungsänderungen, Verkehrsmaßnahmen, Stadterneuerung und Bürgerdienst-Außenstellen herausgegeben.

Dazu kamen die Plakate „Wien an die Donau“, „Stadterneuerung: Meidling-Wilhelmsdorf“, „Der 64er kommt“, „Die U-Bahn fährt in die Leopoldstadt“ und „Die U-Bahn fährt bis zum Schwedenplatz“.

Die Ausstellung „Kommunaler Wohnbau“ wurde 1979 in Lausanne (Schweiz), in Hagen und München (Deutschland) sowie in Moskau (Sowjetunion) gezeigt und von rund 100.000 Personen besucht.

Folgende Ausstellungen wurden durchgeführt: „Donaustadt“, „Behindertendokumentation“, „Weltstraßenkongreß“, „A 24“, „Seniorenwoche '79“, „Wien international“, „Verkehrsplanung Donaustadt“ und „Weltkongreß: Alternativen und Umwelt“. Als Sonderdruck von „wien aktuell“ erschienen 1979 die Postwurfsendungen „Wer ist wofür zuständig?“ („wien aktuell“ 3 a), „Wahlservice der Stadt Wien“ („wien aktuell“ 4 a), „Wien —

unsere Stadt“ („wien aktuell“ 4 b)/(„wien aktuell“ 11 a), „Energie = Geld sparen“ („wien aktuell“ 9 a) und „Die wichtigsten sozialen Dienste der Stadt Wien“ („wien aktuell“ 12 a).

Als Kleinausstellungen in der Schmidthalle des Rathauses wurden veranstaltet: „Energiespartips“, „UNO-City“, „Ferienspiel — Ferienclub“, „Musikalischer Sommer“, „Wiener Bäder“, „Wiener Festwochen“, „Wiener Hochschulen“, „Budget 1979“, „Tag der offenen Tür“ und „Die Stadt Wien hilft“.

Als Tonbildschau wurde „Wien vor neuen Aufgaben“ gebracht.

An den Rundfahrten „Modernes Wien“ haben 117.000 Personen teilgenommen, davon 1.650 an der Rundfahrt mit dem Donaubus.

Die Wandzeitung der Stadt Wien ist mit 9 Ausgaben, alle in Vierfarbendruck, erschienen.

Im Jahre 1979 wurden rund 250 Inserate und PR-Artikel verfaßt. Die PR-Beiträge befaßten sich mit den Themen Soziales, Kommunales, Gesundheit und Wirtschaft. Die Schwerpunkte bei den Inseraten waren die Werbung für „wien aktuell“, für den Bürgerdienst sowie den „Tag der offenen Tür“. Weitere Themen waren unter anderem: Rundfahrten „Modernes Wien“, Ferienspiel, Info-Center und „Musikalischer Sommer“. Die Veröffentlichungen erfolgten in Tages-, Wochen-, Bezirks-, Monats- und Fachzeitungen.

In den Wiener Tageszeitungen wurden auch 1979 wieder gezielte Einzelinserate eingeschaltet; insbesondere für Juristen, Diplomingenieure, Diplomkrankenschwestern sowie für Facharbeiter der verschiedensten Berufssparten und Hilfskräfte, einschließlich der Wiener Stadtwerke, wurde geworben.

## Feuerwehr und Katastrophenschutz

Das Jahr 1979 geht vorläufig als das Jahr der gewaltigsten Brandkatastrophen der Nachkriegszeit in die Wiener und auch die österreichische Feuerwehrgeschichte ein. Es war gekennzeichnet von einer Serie von Bränden, deren Ausmaß in den letzten Jahrzehnten nur ganz vereinzelt vorkam. Beginnend mit dem Brand dreier Tankfahrzeuge im Tanklager Lobau während des Befüllvorganges über den Brand im Kaufhaus Gerngroß, den relativ noch kleineren im Kaufhaus Steffl nach einem Brandanschlag, den Brand in der Stadlauer Malzfabrik, bei dem nur im letzten Augenblick eine Katastrophe verhindert werden konnte, über den Brand der Nationalbank bis zu jenem schrecklichen im Hotel Augarten, bei dem 25 Menschen ihr Leben lassen mußten — eine Kette von Großereignissen, zu denen noch die üblichen Großbrände mit Brandschäden bis etwa 10 Millionen Schilling kamen. Allein die oben angeführten Großschäden verursachten einen Schaden, der dem österreichischen Gesamtbrandschaden 1978 entspricht.

Die Gesamtzahl der Einsätze blieb gegenüber 1978 gleich, was einer Steigerung der echten Notstandseinsätze gleichkommt, da seit 8. Jänner 1979 die Entfernung falsch geparkter Kraftfahrzeuge von der Magistratsabteilung 48 übernommen worden ist. Die zahlreichen Großeinsätze haben gezeigt, daß die Wiener Stadtverwaltung mit ihren Magistratsabteilungen auch der Bewältigung echter großer Notstandssituationen gewachsen ist und die Koordination und Zusammenarbeit der einzelnen Dienststellen hervorragend funktioniert. Vom ersten Ereignis an wurde in jedem Einzelfall analysiert, ob der Ausbildungs- und Ausrüstungsstand der Feuerwehr der Stadt Wien derartigen Konfrontationen gewachsen ist, sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht. So kann objektiv vorangestellt werden, daß bei allen Ereignissen die Einsatzmoral und der an den Tag gelegte Ausbildungsstand über jedes Lob erhaben waren. Bedauerlicherweise mußte festgestellt werden, daß Boulevard-Berichte dem Ansehen der Feuerwehr völlig zu Unrecht schaden. Aus den Katastrophenbränden kann aber die erfreuliche Bilanz gezogen werden, daß das, was in jahrelanger Kleinarbeit und mit viel Einfühlungsvermögen aufgebaut wurde, Früchte getragen hat: die Zusammenarbeit der Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs und der Berufsfeuerwehr Wien ist vorbildlich und nicht zuletzt von gegenseitigem Nutzen. So half die Berufsfeuerwehr Wien beim Brand eines Reifenlagers in Klosterneuburg. Dies gilt in gleichem Umfang für das Bundesheer, mit dem unter anderem durch zwei Hubschrauberübungen die technische und menschliche Kommunikation gepflogen wurde.

Um all den ständig wachsenden Anforderungen im Einsatz gerecht zu werden, wurden auf dem Sektor der Ausrüstung im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten laufend weitere Verbesserungen vorgenommen. So wie in den Vorjahren wurde auch 1979 der Stand an Rüstlöschfahrzeugen weiter erhöht, und zwar um 3 Stück auf insgesamt 23 Einheiten. Damit wurde die im Jahre 1973 begonnene Umrüstung auf ein universell einsetzbares Standardfahrzeug weiter durchgeführt. Die Abteilung verfügt als Großstadtfeuerwehr über Fahrzeuge, die überwiegend für die Fahrt auf befestigten Straßen konzipiert sind. Ein Brand mit großer flächenmäßiger Ausdehnung in der Lobau sowie in den Schutzbereichen im Wald- und Wiesengürtel ließe es angezeigt erscheinen, an der Konzeption eines voll geländefähigen Fahrzeuges auf Unimog-Chassis zu arbeiten, das Menschenrettung, Löscharbeiten und technische Hilfe durchführen kann. Ein erster diesbezüglicher Schritt wurde 1979 damit gemacht, die Bauserien Rüstlöschfahrzeug und Sonderlöschfahrzeug zu einem Einheitsfahrzeug zusammenzufassen. Bei der Verwirklichung dieses Projektes werden völlig neue Techniken auf dem Gebiet der Fahrzeugaufbauten verwertet. Die Löscheinrichtungen des Rüstlöschfahrzeuges und des Sonderlöschfahrzeuges werden vereinheitlicht und auf einem Einheitsfahrgerüst der Type Steyr 791 mit Allradantrieb untergebracht. Desgleichen

wird der bei den Bauserien gemeinsame Teil der Ausrüstung zusammengefaßt und in einem aus vier Geräteraumen und Pumpenraum bestehenden, fest montierten Aufbau gelagert. Zur Aufnahme der bei Rüstlöschfahrzeug und Sonderlöschfahrzeug verschiedenen Ausrüstung ist je ein zwei Geräteraume umfassender Kasten vorgesehen, der als sogenanntes Wechselsegment ausgeführt wird und zwischen Mannschaftsraum und fest montiertem Aufbau auf dem Fahrzeugrahmen aufzusetzen ist. Derzeit sind zwei Segmenttypen in Bau, und zwar einerseits das Segment-Rüstlöschfahrzeug mit technischen Hilfsgeräten, Stromversorgungsgerät (7,5-kVA-Generator), verschiedenen E-Verbrauchern, wie Kettensäge, Handkreissäge, Trennschleifer, Unterwasserpumpe, E-Ventilator und Lichtfluter und E-Kabeln auf Kabeltrommeln, andererseits das Segment-Sonderlöschfahrzeug mit 500-kg-Pulverlöschanlage, Tragkraftspritze, Erstausrüstung für Ölunfälle, Neutralisationsmitteln und ähnlichem.

Je nachdem, welches Segment auf das Einheitsfahrzeug aufgesetzt wird, handelt es sich dann um ein Rüstlöschfahrzeug oder ein Sonderlöschfahrzeug. Der Umbau läßt sich innerhalb weniger Stunden von der feuerwehreigenen Werkstätte durchführen. Ziel dieser neuen Bauserie ist es unter anderem, die Anzahl der nur in geringer Stückzahl geplanten Sonderlöschfahrzeuge auch bei Ausfall mehrerer Fahrzeuge, wie zum Beispiel infolge von Unfällen und dringenden Reparaturen, durch den Umbau von Rüstlöschfahrzeugen stets konstant halten zu können. Bei Bedarf besteht außerdem die Möglichkeit, für bestimmte neue auftretende Erfordernisse weitere Segmenttypen anzufertigen. Ähnlich wie beim bereits eingeführten Wechselladersystem können auch beim Segmentsystem die in der Anschaffung und Erhaltung teuren Fahrgestelle optimal für die verschiedensten Aufgaben ausgenutzt werden. Für die Verwirklichung eines Prototyps des beschriebenen Einsatzfahrzeuges wurde im Jahre 1979 eine erste Baurate verwendet.

Auf dem Gebiet des technischen Hilfsdienstes, auf dem die Aufgabenstellung an die Feuerwehr gleichermaßen wächst, konnte durch den Ankauf eines geländegängigen und überaus beweglichen, zweiachsigen 250-kN-Teleskopkranes der Type Saturn 25 F die Schlagkraft wesentlich verbessert werden. Es handelt sich dabei um ein speziell für die Erfordernisse der Feuerwehr konzipiertes, zweiachsiges Fahrzeug mit Allradantrieb, Automatikgetriebe und Lenkmöglichkeit für Vorder- und Hinterachse. Die Motorleistung liegt bei 235 kW (320 PS). Der Kran verfügt über eine Höchsttragkraft von 250 kN, die maximale Lasthakenhöhe beträgt 22 m, die größte Ausladung 20 m. Die Bergeseilwinde besitzt eine Zugkraft von 170 kN. Mit der Anschaffung des Saturnkranfahrzeuges hat das Erneuerungsprogramm für die überalterten Magirus-Kranfahrzeuge begonnen, das im Jahre 1981 abgeschlossen werden soll. Durch die Adaptierung eines bereits vorhandenen Lkw-Fahrgestelles zu einem Wechselladerfahrzeug mit Ladekran konnte die Anzahl dieser Fahrzeuge auf vier erhöht werden. Schließlich wurde für die Einsatzdirektion ein zweites Einsatzfahrzeug der Type Audi Avant in Dienst gestellt.

Durch die an Umfang ständig zunehmende Ausstattung mit elektrisch betriebenen Einsatzgeräten, wie zum Beispiel Beleuchtungsgeräte, verschiedene Trenngeräte, Pumpen und Öleinsatzgeräte, war es notwendig, den Bestand an Generatoren und Kabeln entsprechend aufzustocken. Zu diesem Zweck wurden 3.100 m Netzmantelkabel angekauft und 6 Rüstlöschfahrzeuge mit 7,5 kVA-Generatoren ausgerüstet. Zur Komplettierung der vorhandenen Ölwehrausrüstung wurde ein Ölskimmer angekauft. Dieses, auch Schwimmsauger genannte Gerät dient zum Absaugen von Ölen von der Wasseroberfläche. In Verbindung mit dem Ölwassertrenngerät kann der Ölskimmer pro Stunde bis zu 12 m<sup>3</sup> verunreinigtes Wasser aufnehmen und der Reinigung zuführen. Für den Transport der sehr voluminösen Ölwehrausrüstung wurde eine Wechselladerpritsche angeschafft und durch Ausstattung mit Doppelbordwänden und Zurrösen entsprechend adaptiert. Insgesamt stehen damit zur Zeit neun Wechselladeraufbauten im Dienst. Die beiden 1978 angekauften Bootseinheiten für die Ölwehr wurden 1979 feuerwehrtechnisch mit Funk, Stromversorgung und Löschausrüstung sowie diversem Werkzeug ausgebaut. Mit der Magistratsabteilung 69 wurden Verhandlungen geführt, das Motorschiff „Erdberg“ in den Stand der Feuerwehr überzuführen. Diesem Schiff käme vor allem die Aufgabe zu, bei Bränden im Ölhafen hinreichende Schaummittelvorräte mitzuführen und sowohl dort wie auch im Bereich des Winterhafens, in dem die Umschläge an Massengütern ständig steigen, die im Brandfall notwendig werdende Löschwasseraufbringung zu bewerkstelligen. Die Adaptierung der Löschausrüstung für das Löschboot „Erdberg“ wird sich entsprechend der Budgetsituation voraussichtlich bis Ende 1981 hinziehen.

Ebenso wie in den Vorjahren wurde auch 1979 der Ausbau der materiellen Vorsorge für Groß- und Katastropheneinsätze fortgesetzt. Dazu zählte die Aufstockung der Betriebsreserven, die Schaffung rascher Verlademöglichkeiten und das Bereitstellen weiterer Führungs- und Transportfahrzeuge. Die Reserve an Maschinen wurde unter anderem um 10 Unterwasserpumpen, 11 Trennschleifer, 22 Motorkettensägen und 2 Außenbordmotoren erweitert. Für die rasche Verladung von Ausrüstungsgegenständen wurden zwei Ladestapler und ein Handhubwagen angeschafft. Nach dem Ankauf zweier Einachsanhänger soll nun deren Eignung als zusätzliches Transportmittel praktisch erprobt werden. Da sämtliche Rüstlöschfahrzeuge mit Anhängervorrichtung ausgestattet sind, besteht die Möglichkeit, erforderlichenfalls mit solchen Anhängern zusätzliche Geräte und Materialien zum Einsatz mitzuführen oder nachzuschaffen.

Die Großeinsätze des Jahres 1979 haben einen überdurchschnittlichen Verschleiß bei der Ausrüstung mit sich gebracht, weshalb zahlreiche Gegenstände nachzuschaffen waren. Darüber hinaus wurden aber auch für die



laufende Modernisierung beträchtliche Geldmittel aufgewendet. Neben dem bereits erwähnten Ölskimmer konnten unter anderem 13 Meßgeräte „Warnex“, geeignet zur Messung der Konzentration von brennbaren Gasen und Dämpfen im Bereich der unteren Zündgrenze, 4 Flammenannäherungsanzüge, 4 Gasschutzanzüge, 100 Handscheinwerfer, 50 Universalstrahlrohre, 20 Taucheranzüge und 10 Alu-Leitern gekauft werden. Weiters wurden 6 Preßluftatmer PA 80 mit dem zum Befüllen der Flaschen notwendigen Luftkompressor angeschafft. Bei diesen Preßluftatmern handelt es sich um Einflaschenatemschutzgeräte mit einem Flaschenfülldruck von 300 bar, womit auch bei der Wiener Feuerwehr die sogenannte 300-bar-Technik vorerst versuchsweise eingeführt worden ist.

Bei den Nachrichtenanlagen wurde im Jahre 1979 intensiv an einer Neukonzeption gearbeitet. Die bestehenden Anlagen der Feuerwehr wurden in den Jahren 1957 bis 1958 installiert und sind daher veraltet und überdies nicht mehr voll funktionsfähig. Bei der Neuplanung der Anlagen wurde, ausgehend von den funktionellen Erfordernissen, insbesondere die Entwicklung auf dem Sektor der technischen Wissenschaft berücksichtigt. Hierbei wurde darauf Bedacht genommen, daß die Alarmierung der Einsatzkräfte künftig mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung erfolgen soll. Auch die psychologischen Erkenntnisse der letzten Jahre hinsichtlich der Arbeitsplatzgestaltung, insbesondere der optimalen Anordnung der Anzeige- und Bedienungselemente in Worten, wurden in die Überlegungen einbezogen. Mit besonderer Gründlichkeit wurde eine Funk-Diversity-Anlage erprobt; dabei wird das Funksignal von jener Relaisstation zur Zentrale weitergeleitet, die den besten Empfang aufweist. Es erwies sich, daß derartige Anlagen sowohl hinsichtlich des Funkverkehrs mit der Zentrale als auch von Fahrzeug zu Fahrzeug erhebliche Verbesserungen bringen. Weiters wurde mit dem Ausbau einer Funkwerkstätte begonnen. Ein moderner Meßplatz und eine gründliche Schulung der Nachrichtenbauabteilung sollen ermöglichen, daß Service- und Reparaturarbeiten teilweise selbst durchgeführt werden können. Neu- und Umlagungen von feuerwehreigenen Kabeln sind besonders im Bereich der neuen Floridsdorfer Brücke und der Reichsbrücke erfolgt. Hinsichtlich des weiteren Ausbaues des Kabelnetzes, das größtenteils rund 50 Jahre alt ist, wurden grundlegende Überlegungen angestellt und erste Realisierungsschritte gesetzt.

Als Reaktion auf die bei Einsätzen aufgetretenen, teilweise sehr schweren Brandverletzungen wurden 1.000 Stulpenhandschuhe beschafft und an die Beamten des Branddienstes ausgegeben. Weiters konnten die Geldmittel für 2.032 Einsatzblusen und 1.880 Diensthosens aus schwer entflammbar ausgerüstetem Wollstoff aufgebracht werden. Eine im Jahre 1979 nach dem Schnitt der Mehrzweckjacke der Polizei angefertigte Musterbluse aus Nomex soll nach geringfügiger Abänderung zusammen mit einer Nomex-Hose nach bisherigem Schnitt von zwei Löschgruppen erprobt werden. An Stelle der bisher verwendeten, nicht mehr erhältlichen Gummistiefel schwer mit Kordschaft und Schaftschnalle werden gelbe, der DIN 4843 entsprechende Gummi-Sicherheitsstiefel mit eingebauter Stahlkappe, durchtrittsicherer Stahlzwischensohle sowie mit Rist- und Knöchelschutz versehen eingeführt. Für die Dienstblusen und für die weißen Diensthemden, die mit Brusttaschen und Achselspangen ausgestattet sind, wurden wappenförmige, rund 10 x 6 cm große, gestickte Ärmelabzeichen mit dem Wiener Stadtwappen und der zweizeilig ausgeführten Beschriftung „Berufsfirewehr Wien“ angekauft.

Auch auf baulichem Sektor sind laufend Verbesserungen erforderlich, die teilweise in Eigenregie von Feuerwehrbeamten durchgeführt werden. Besonders zu erwähnen sind die Weiterführung der Bauarbeiten an der neuen Feuerwache „Landstraße“, die im Frühjahr 1980 fertiggestellt sein soll, ferner die Renovierung und der Umbau der Feuerwache „Altmannsdorf“ sowie die Fertigstellung der Notstromanlage der Hauptfeuerwache „Döbling“, in der Hauptfeuerwache „Floridsdorf“ wurde von den Feuerwehrbeamten selbst ein Teil des Dachbodens ausgebaut, so daß drei zusätzliche Mannschaftsschlafräume entstanden; außerdem wurde eine Fahrzeughalle für sechs Einsatzfahrzeuge errichtet; in der Zentralfeuerwache Am Hof wurde mit Adaptierungsarbeiten in der Nachrichtenzentrale begonnen. Auch Vorplanungsarbeiten für die neu zu errichtende Hauptfeuerwache „Floridsdorf“ konnten bereits in Angriff genommen werden.

Da im Süden Wiens, speziell im 23. Bezirk, immer mehr Wohnhausanlagen, wie der Wohnpark „Alt-Erlaa“, sowie Betriebsanlagen entstehen und die Verkehrsdichte weiter zugenommen hat, wird es erforderlich, für diesen Bereich eine 8. Brandschutzsektion mit einer Hauptfeuerwache einzurichten, um den Brandschutz in diesem Bereich dem übrigen Stadtgebiet wieder anzugleichen. Bisher kamen bei Einsätzen in diesem Bereich das Kommandofahrzeug und die Drehleiter von der Hauptfeuerwache „Mariahilf“, und die Anfahrtszeiten betragen manchmal bis zu 20 Minuten. Für die Einrichtung dieser 8. Brandschutzsektion wurde ein Konzept ausgearbeitet, das unter anderem den Ausbau der Zugwache „Liesing“ in eine Hauptfeuerwache und damit die Stationierung eines Kommandofahrzeuges und einer Drehleiter vorsieht. Für den Ausbau wurden sämtliche baulichen Planungsarbeiten durchgeführt. Auch der künftige Ausrückbereich wurde schon festgelegt, die erste Baureate für 1980 bereits genehmigt.

Um die Schlagkraft der Feuerwehr weiter zu erhöhen, wurde in personalpolitischer Hinsicht die Aufstockung um eine Löschgruppe (die neue Feuerwache „Landstraße“ soll in Hinkunft mit zwei Löschgruppen besetzt werden; auf der alten versah bisher nur eine Löschgruppe Dienst, die pro Jahr rund 1.300 Ausfahrten verzeichnete) gefordert und auch genehmigt. Einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Schlagkraft der Feuerwehr stellt die Ausbildung dar. Es ist an sich erfreulich, daß Jahr für Jahr die technische Ausrüstung um wesent-

liche Stücke vermehrt wird — gleichzeitig muß jedoch die zur Routine zählende Ausbildung geändert und die Handhabung dieser technischen Geräte einem immer größer werdenden Beamtenkreis bekanntgemacht werden. Nur in diesem Sinn kann die Tätigkeit der ausbildenden Referate in richtigem Licht gesehen werden. In Weiterverfolgung der Reorganisation der Ausbildung wurden 1979 die Ausbildungspläne für den Wasserdienst und für den Technischen Hilfsdienst fertiggestellt und ausgegeben. Damit konnte die erste Phase der neuen Ausbildungsrichtlinien verwirklicht und somit die Ausbildungsstufe zum Oberfeuerwehrmann erreicht und abgeschlossen werden. Unabhängig von dieser Tätigkeit waren Konzepte für die längerfristige Planung im Ausbildungswesen ausgearbeitet worden. So wurde ein Konzept zur Einstellung von Feuerwehrpraktikanten erstellt. Zwei Offiziere haben ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen, acht Volontäre aus verschiedenen Bundesländern wurden den Richtlinien des Österreichischen Bundes-Feuerwehrverbandes entsprechend ausgebildet.

Die Brandbekämpfung ist die ureigenste Aufgabe aller Feuerwehren. Gerade angesichts solcher Katastrophenbrände, wie sie sich im Jahre 1979 ereigneten, tritt jedoch eine weitere, mindestens ebenso wichtige Aufgabe wieder mehr in den Blickpunkt: die Wahrnehmung und Realisierung eines wirkungsvollen, vorbeugenden Brandschutzes in baulicher wie auch in betrieblicher Hinsicht sowie die Schulung der Zivilbevölkerung in der richtigen Verhaltensweise, sowohl was die Verhütung von Bränden betrifft als auch in bezug auf die im Brandausbruchfall zu setzenden Maßnahmen. Auch auf diesem Gebiet ist die Wiener Berufsfeuerwehr in vielfacher Hinsicht federführend. So wurden die bereits 1978 begonnenen Begehungen von Hochhäusern intensiv fortgesetzt, Brandschutzkonzepte für gemeindeeigene Wohnhochhäuser erarbeitet. Gemeinsam mit der Magistratsabteilung 36 wurden auch Begehungen von Nachtlokalen durchgeführt. Die Mitarbeit bei der Erstellung von Richtlinien für Hotels, die von der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion ausgegeben werden, ist ebenso erwähnenswert wie die laufende Betreuung von U-Bahn und Allgemeinem Krankenhaus. Für letzteres wurde unter anderem, um einen optimalen Brandschutz zu erreichen, ein Konzept ausgearbeitet, das die Errichtung einer Feuersicherheitswache der Abteilung auf dem Gelände des Krankenhauses vorsieht. In dieser Wache sollen ständig zwei Löschgruppen stationiert sein, die mit den Örtlichkeiten und allen sicherheitstechnischen Einrichtungen des Krankenhauses bestens vertraut sind. In einem eigenen, ständig besetzten Nachrichtenzimmer soll sich auch die Brandmeldeanzeige befinden sowie eine direkte Kabel- und Funkverbindung mit der Feuerwehrzentrale Am Hof bestehen. Gemäß den Bestimmungen des Wiener Katastrophenhilfsgesetzes, 2. Abschnitt Katastrophenschutz § 3 (1)–(2), wurde in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation beim Verfassen der für den Katastrophenschutz zu treffenden Maßnahmen eine Grundkonzeption eines Katastrophenschutzplanes für die Stadt Wien geschaffen. Über Weisung der Magistratsdirektion wurde eine Arbeitsgruppe aus den zuständigen Abteilungen zusammengestellt, deren Aufgabe es ist, die Amtshäuser der Stadt Wien, einschließlich des Wiener Rathauses, in bezug auf die Sicherheitseinrichtungen für den Brand- und Katastrophenschutz zu überprüfen und auch realisierbare Vorschläge, die zu einer Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen führen, zu machen. Die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe, wobei der Abteilung naturgemäß eine führende Rolle zukommt, sind bisher, außer den aufgezeigten baulichen Erfordernissen, einheitliche Hinweisschilder, Löschgeräte und Richtlinien über das Verhalten im Brandfall in den Objekten der Gemeinde Wien sowie eine Konzeption einer Brand- und Katastrophenschutzordnung für alle Amtsgebäude. Die meisten Objekte im Bereich der Rathausverwaltung sowie einige Amtshäuser wurden begangen und die entsprechenden Maßnahmen, soweit sie sich im Rahmen der laufenden Erhaltungsmöglichkeit bewegen, veranlaßt. Erforderliche Maßnahmen größeren Umfanges, wie die Errichtung von Brandabschnitten oder der nachträgliche Einbau von Brandmeldeanlagen, wurden der Magistratsdirektion bekanntgegeben und nach Weisung eine weitere Vorgangsweise festgelegt.

Der Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs wurde mit der Erarbeitung diesbezüglicher Richtlinien Rechnung getragen. Gemeinsam mit dem Niederösterreichischen Landes-Feuerwehrkommando wurde ein Alarmplan, der den geordneten Einsatz niederösterreichischer Feuerwehren zum Inhalt hat, erarbeitet. Dieser Plan regelt die Alarmierung und den Einsatz niederösterreichischer Feuerwehren in Wien zur Unterstützung der Wiener Berufsfeuerwehr bei Großeinsätzen. Wie schon in den Vorjahren, wurden auch 1979 wieder in Zusammenarbeit mit dem Wiener Landes-Feuerwehrverband, der Zentralstelle für Brandverhütung und dem WIFL-Wien in sechs Brandschutzseminaren 226 Personen zu Brandschutzbeauftragten ausgebildet. Der derzeitige Stand an ausgebildeten Brandschutzbeauftragten beträgt somit 900. Die ständige Schulung und Betreuung von Betriebsfeuerwehren gehören gleichfalls zu diesem Aufgabenkreis: Die Anzahl der Betriebsfeuerwehren stieg 1979 von 25 auf 26. Eine nicht unwesentliche Zunahme des Personalstandes ergab sich aus der Tatsache, daß von der Betriebsfeuerwehr der „Ersten Wiener Wach- und Schließgesellschaft“ 80 Angehörige, die im Brandschutz ausgebildet sind, dem Betriebsfeuerwehrverband beitraten. Seit der Gründung eines Ausbildungsstabes im Landesverband der Betriebsfeuerwehren Wiens besteht die Möglichkeit, allen Ansuchen um Schulung und Beratung über die Belange des Brandschutzes jederzeit nachzukommen. Von diesem Angebot haben Schulen, Spitäler, Pensionistenheime, Hotels und Industriebetriebe reichlich Gebrauch gemacht. In 53 Lehrgängen wurden 1.600 Teilnehmer ausgebildet und 16 Brandschutzberatungen durchgeführt. Über Er-

suchen des Stadtschulrates konnten in 32 Lehrgängen jeweils 50 Lehrer einer Brandschutzausbildung unterzogen werden.

Ein anderes Problem, das die Brand- und Unfallverhütung betrifft, stellt das Kapitel Rauchfänge, Feuerstätten und Abgasanlagen dar. Sachverständigengutachten mit weitreichenden Folgen wurden hinsichtlich der weiteren Verwendung von Abgasamplern im künftigen Wohnungsbau durch die Gemeinde Wien erstellt. Bei Büroverhandlungen und in schriftlichen Stellungnahmen an die Magistratsabteilung 35 hat sich die Abteilung für die Verwendung mehrerer Einzelfänge an Stelle eines Sammlers oder für zentrale Beheizung und Warmwasseraufbereitung ausgesprochen. Hierbei stützte man sich auf die durch langjährige Einsatz- und Erhebungstätigkeit gemachte Erfahrung. In diesem Zusammenhang ist auch die Mitarbeit an einem Entwurf zu einem Verordnungs-text für die Zulassung von Abgasventilatoren zu erwähnen, die bis zur Stunde gesetzlich nicht erfaßt waren, jedoch eine deutliche Verbesserung auf dem Gebiet der sicheren Abgasführung bringen. Ein weiteres wichtiges Ergebnis bewirkt finanzielle Einsparungen innerhalb des Magistrates: Im Rahmen der Einsatzfähigkeit war aufgefallen, daß in einigen Fällen die laut Gesetz vorgeschriebenen vierteljährlichen Kehrungen nicht eingehalten wurden. An Stelle der viermal pro Jahr vorgeschriebenen Kehrungen in Gemeindebauten wurden 6 bis 8 Kehrungen durchgeführt und bezahlt. Genaue Untersuchungen ergaben, daß diese willkürlich vermehrte Anzahl von Kehrungen nicht erforderlich ist. In einer Amtsbesprechung bei der Magistratsabteilung 52 am 22. Mai wurde dieser Sachverhalt aufgeklärt. Ab diesem Zeitpunkt werden deshalb in allen Fällen, in denen die vermehrten Kehrungen nicht gerechtfertigt sind, nur mehr die gesetzlich vorgeschriebenen vierteljährlichen Kehrungen durchgeführt. Dies bedeutet eine jährliche Einsparung von rund 168.000 S. Auf Grund dieser Feststellung wurde auch die Frage der „unbenützten Rauchfänge“ aufgeworfen, da diese statt viermal jährlich zu kehren nur einmal jährlich zu überprüfen sind, wobei dann dementsprechend weniger zu verrechnen ist. In diesem Fall wurde versucht, eine klare, in der Praxis anwendbare Definition des Begriffes „unbenützter Rauchfang“ zu erarbeiten. Eine diesbezügliche Amtsbesprechung hat in der Magistratsabteilung 32 stattgefunden, weitere Einsparungen bei der Kostenabrechnung für Kehrarbeiten sind zu erwarten.

Aus den folgenden kurzen Einsatzberichten bei den größten Bränden und Unfällen des Jahres 1979 geht deutlich die ständig steigende Belastung der Beamten der Berufsfeuerwehr Wien hervor:

Aus nicht geklärter Ursache war es am 2. Jänner im ÖMV-Tanklager Lobau beim Befüllen eines Tanksattel-schleppers an einer Zapfsäule zu einem Brand gekommen, der infolge des herrschenden Windes rasch auf den nächsten Tanksattelschlepper an der benachbarten Zapfsäule sowie auf einen weiteren an der übernächsten Zapfsäule übergriff. Der erste Tankwagen war mit 780 l Superbenzin, der zweite mit 12.500 l Normalbenzin und der dritte mit 5.400 l Superbenzin, 5.400 l Normalbenzin sowie 2.800 l Diesel befüllt. Bei Ankunft der Feuerwehr standen alle drei Tankwagen mit zum Teil bereits aufgerissenen Kammern in Brand. Der Abstand der einzelnen Tankwagen betrug jeweils rund 3 m. Die Betriebsfeuerwehr der Österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMV) hatte zu diesem Zeitpunkt zwei Schaumwerfer im Einsatz. Bei der Feuerwehr Wien wurde Alarmstufe 3 ausgelöst. Von der ersten Löschbereitschaft wurden zur Brandbekämpfung ein Pulverrohr und zwei Schaumrohre vorgenommen, ein weiteres Rohr diente zur Kühlung. Beim Eintreffen der zweiten Löschbereitschaft war der Brand bereits weitgehend eingedämmt. Es wurden noch ein weiteres Schaumrohr, ein B-Rohr sowie ein Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges zur Kühlung eingesetzt. Die Wasserversorgung erfolgte aus dem Hydrantennetz der ÖMV. Die größte Gefahr während des Einsatzes bestand darin, daß die noch vollen und vom Brand nicht unmittelbar betroffenen Tankkammern zerknallen hätten können. Eine besondere Schwierigkeit in der Brandbekämpfung war dadurch gegeben, daß von den nur schwer zu löschenden Gummireifen der Tankfahrzeuge ständig Rückzündungen des noch ausfließenden Benzins erfolgten. Die dritte Löschbereitschaft sowie ein weiteres Großtanklöschfahrzeug und ein Sonderlöschfahrzeug blieben in Bereitstellung. Noch während der Brandbekämpfung wurde ein weiterer Tanksattelschlepper von seinem Fahrer aus dem Gefahrenbereich gefahren.

Bei Umbauarbeiten an den Rolltreppen im Kaufhaus Gerngroß in 7, Mariahilfer Straße 44—46, war es am 7. Februar beim autogenen Schneiden zu einem Brand im Rolltreppenbereich gekommen. Die Arbeiter versuchten, den Brand zu löschen, hatten aber bei ihren Bemühungen keinen Erfolg. Da die Brandmeldeanlage abgeschaltet war, wurde die Feuerwehr telephonisch um 22.42 Uhr vom Portier der Firma verständigt. Um 22.42 Uhr, innerhalb des Minutensprunges der Uhr, rückten die Löschbereitschaft „Mariahilf“ und das Rüstlöschfahrzeug „Neubau“ aus. Um 22.46 Uhr traf das Rüstlöschfahrzeug „Neubau“ an der Einsatzadresse ein und begann in der Kirchengasse 4—6 sofort mit einem Löschangriff. Die Löschbereitschaft „Mariahilf“ wurde um 22.48 Uhr von anwesenden Arbeitern in das Haus Mariahilfer Straße 44—46 eingewiesen. Sofort wurden zwei Rohre unter Atemschutz vorgenommen. Da sich das Feuer rasch ausbreitete, wurde vom Bereitschaftsoffizier „Mariahilf“ um 22.54 Uhr Alarmstufe 2 und gleich darauf um 22.57 Uhr, als im 2. Stockwerk Feuerschein zu sehen war, Alarmstufe 3 ausgelöst. Die Löschbereitschaft „Zentrale“, die als zweite Bereitschaft an der Einsatzadresse eintraf, übernahm gemeinsam mit dem Rüstlöschfahrzeug „Neubau“ den Abschnitt Kirchengasse 6. Die Löschbereitschaft „Hernals“, die dritte Bereitschaft an der Einsatzstelle, hatte den Auftrag, ein Ausbreiten des Brandes in Richtung des Objektes Mariahilfer Straße 38—40 zu verhindern. Zu diesem Zweck waren 6 C-Rohre, 3 Wende-

strahlrohre in Verwendung. Weiters wurden an beiden Fronten Kirchengasse und Mariahilfer Straße Großtanklöschfahrzeuge mit Wasserwerfern im Außenangriff angesetzt. In der Zwischenzeit war um 23.09 Uhr vom Hauptinspektionsoffizier Alarmstufe 4 ausgelöst worden, die Bewohner der Häuser Mariahilfer Straße 36 sowie 38—40 wurden evakuiert. Um 23.37 Uhr befanden sich die unteren drei Geschosse in Vollbrand, Alarmstufe 5 wurde ausgelöst. Einige Minuten später hatte sich der Brand über das letzte Geschöß bis auf das Dach ausgebreitet. Von den Löschbereitschaften „Döbling“ (4. Bereitschaft) und „Leopoldstadt“ (5. Bereitschaft), deren Aufstellungsort die Lindengasse war, wurde die Aufgabe übernommen, den Brand von der Rückseite des Kaufhauses zu bekämpfen. Als ein im Erdgeschoß gelegener Lagerraum für Verpackungsmaterial geöffnet wurde, setzte eine schlagartige Verqualmung des Einsatzbereiches Lindengasse ein, wovon insbesondere das Warenhaus Lindengasse 17 betroffen war. Durch die Qualmbildung wurden sowohl Hausparteien als auch die im Stiegenhaus und auf dem Dach des Hauses teilweise unter Atemschutz stehenden drei Löschgruppen überrascht. Die Bewohner des Hauses und teilweise auch Feuerwehrbeamte wurden über die Drehleiter „Döbling“ und Drehleiter „Zentrale“ in Sicherheit gebracht. Um 23.57 wurde Alarmstufe 6 ausgelöst und Katastrophenalarm, daß heißt Einberufung der dienstfreien Mannschaft, gegeben. Zur Unterstützung der Kräfte der Wiener Feuerwehr waren von den umliegenden Freiwilligen Feuerwehren und der Landes-Feuerwehrschnelle Tulln 50 Fahrzeuge mit einer Mannschaftsstärke von 196 Mann eingesetzt. Weiters war eine Löscheinheit des Bundesheeres im Einsatz, drei Löschfahrzeuge der Luftschutzpioniere besetzten die Feuerwache „Leopoldstadt“. Um 1.02 Uhr wurde vom Einsatzdirektor Alarmstufe 7 und um 1.21 Uhr Alarmstufe 8 ausgelöst. Von der 7. und 8. Löschbereitschaft wurde die Wasserversorgung für 5 Großtankfahrzeuge aufgebaut und Löschangriffe vom Haus Lindengasse 17 vorgebracht. Um 5.40 Uhr begannen im Hauptgebäude die Nachlöscharbeiten. Der Brand hatte jedoch auf einen Nebentrakt, das „Posthaus“, übergegriffen. In diesem Bereich waren 10 Rohre und vier Gruppen der Feuerwehr Wien sowie eine Gruppe der Freiwilligen Feuerwehr Gablitz im Einsatz. In den Morgenstunden wurden die Mannschaften planmäßig ausgewechselt und die Brandbekämpfung systematisch im Innen- und Außenangriff fortgesetzt. Die Gewalt des Brandes hatte zu diesem Zeitpunkt schon merklich nachgelassen. Am 8. Februar, um 16.20 Uhr, waren noch immer 13 Rohre alternierend im Einsatz. Um 19.39 Uhr kam die Rückmeldung des Hauptinspektionsoffiziers: „Bis auf einige Glutnester — Brand aus“. An diesem Einsatz haben sämtliche Löschkräfte und Löschfahrzeuge der Berufsfeuerwehr Wien mitgewirkt. Es waren 40 C-Rohre, 5 Wasserwerfer und 7 Wendestrahler im Einsatz. Für die Wasserversorgung wurden rund 10.000 m Schlauchmaterial verwendet, 670 Mann abwechselnd mit 270 Preßluftatmern ausgerüstet. Insgesamt wurden über 1.200 Preßluftflaschen gefüllt.

Infolge eines Brandanschlages im Kaufhaus Steffl in 1, Kärntner Straße 19, war am 1. Mai im 2. Geschöß in unmittelbarer Nähe des Hauptstiegenhauses in der Damenkonfektionsabteilung ein Brand ausgebrochen. Beim Eintreffen der Feuerwehr um 1.21 Uhr war sowohl von der Kärntner Straße als auch von der Rauhensteingasse kein Feuerschein sichtbar, die jeweiligen Eingangstüren zum Kaufhaus waren verschlossen. Nach gewaltsamem Eindringen in das Kaufhaus wurde die Trockensteigleitung befüllt und mit einem Rohr unter Atemschutz in den Brandraum vorgegangen. Mit der Auslösung der Alarmstufe 2 wurde gleichzeitig ein 2. Rohr unter Atemschutz eingesetzt. Von der 2. Löschbereitschaft wurde das Stiegenhaus an der Rauhensteingasse unter Atemschutz begangen und durch Öffnen von Rauchklappen und Fenstern gelüftet sowie 2 Rohre zur Sicherung vorgenommen. Da eine starke Verqualmung im gesamten Kaufhaus die Situation unübersichtlich machte, wurde um 2 Uhr Alarmstufe 3 zur Erkundung und Lüftung der oberen Geschosse ausgelöst. Der Brand hatte das gesamte 2. Geschöß im Ausmaß von rund 900 m<sup>2</sup> erfaßt, konnte jedoch auf dieses Geschöß beschränkt gehalten werden. Zur Zeit des Brandes war wegen Erneuerungsarbeiten an der Brandmeldeanlage im 1. und 2. Stock diese in dem betreffenden Bereich nicht funktionsfähig. Die Brandmeldung erfolgte über Notruf und nicht über die Brandmeldeanlage. Der TUS-Brandmelder lief erst drei Minuten nach Ankunft der Feuerwehr auf Störung in der Nachrichtenzentrale ein.

Im 2. Stock der Stadlauer Malzfabrik in 22, Smolagasse 1, war am 15. Mai auf einem Raum von rund 30 × 30 m ein Brand ausgebrochen. Im Brandraum befanden sich mehrere Maschinen und große Mengen gelagerte Gerste. Bei Ankunft der ersten Löschbereitschaft drang starker Rauch aus den Fenstern des 1. Stockes sowie aus dem Stiegenhaus eines an der Ostseite angrenzenden Staubsilos. Von den Betriebsangehörigen wurde der Brand von außen durch die Fenster mit einem Rohr bekämpft. Es wurde Alarmstufe 2, die später auf Grund der Ausbreitungsgefahr und der schwierigen Wasserversorgung auf Alarmstufe 5 erhöht wurde, ausgelöst. Von der ersten Löschbereitschaft wurde der Brand vorerst mit drei Rohren unter Atemschutz bekämpft. Von der 2. Löschbereitschaft wurden zum Schutze des Staubsilos und eines angrenzenden Fabriksgebäudes ebenfalls 3 Rohre unter Atemschutz eingesetzt. Der Brand war mittlerweile durch die hölzerne Abschlußdecke durchgebrochen und hatte auf die Dachkonstruktion übergegriffen. Daraufhin wurden über zwei Drehleitern je ein Wendestrahler vorgenommen. Zum Schutz des westlich gelegenen Getreidesilos wurden ein Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges und zwei Rohre auf dem Dach des Silos eingesetzt, von der Nordseite von der dritten Löschbereitschaft zwei Rohre unter Atemschutz im Innenangriff und zwei Rohre im Außenangriff vorgenommen. Die Löschwasserversorgung gestaltete sich äußerst schwierig, da vorerst nur ein Hydrant und eine

Saugstelle zur Verfügung standen. Von der vierten Löschbereitschaft wurden mit Hilfe eines Schlauchcontainers drei Zubringleitungen von zwei rund 250 m entfernten Hydranten und einer stationären Löschwasserpumpe einer anderen Firma gelegt. Durch den massiven Einsatz von insgesamt 18 Rohren, 2 Wendestrahlföhren und einem Wasserwerfer konnte der Brand auf dem betroffenen Brandabschnitt gehalten werden. Wie sich später herausstellte, waren die behördlich vorgeschriebenen Einrichtungen für die Löschwasserversorgung, das heißt, die Brunnen, nicht im erforderlichen Ausmaß vorhanden und teilweise nicht betriebsfähig.

Auf dem Gelände der Firma Engelhart in Klosterneuburg-Weidling waren am 29. Juli auf einer Fläche von rund 5.000 m<sup>2</sup> hoch gestapelte Autoreifen in Brand geraten. Etwa eine halbe Stunde nach Alarmierung der Freiwilligen Feuerwehren Klosterneuburg und Weidlingbach wurde vom Bürgermeister von Klosterneuburg um 21.30 Uhr die Berufsfeuerwehr Wien zur Nachbarschaftshilfe angefordert. Von der erstausgerückten Löschbereitschaft wurde nach Kontaktaufnahme mit der Einsatzleitung der Freiwilligen Feuerwehr Alarmstufe 2 ausgelöst. Nach Legen zweier Zubringleitungen von einem rund 200 m weit entfernten Nebenarm der Donau wurde die Unterstützung der Brandbekämpfung der Freiwilligen Feuerwehr durch den Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges an der Nordseite des Lagerplatzes aufgenommen. Im Verlauf des Einsatzes wurde die Freiwillige Feuerwehr insbesondere in der Wasserzubringung unterstützt, wobei schließlich fünf Zubringleitungen von der Donau in Betrieb gehalten wurden. Zur direkten Brandbekämpfung waren die beiden Wasserwerfer zweier Großtanklöschfahrzeuge, ein weiterer mobiler Wasserwerfer sowie 3 C-Rohre eingesetzt. Dabei konnte insbesondere ein Übergreifen des Brandes auf einen kleineren, oberirdischen Flüssiggastank verhindert werden. Erst in den Morgenstunden konnten die Einsatzkräfte der Wiener Berufsfeuerwehr schrittweise verringert werden. Um ungefähr 11 Uhr wurde das letzte Fahrzeug der Abteilung einrückend gemacht.

Aus unbekannter Ursache war auf dem Gelände der Firma Reichhold-Chemie in 22, Breitenleer Straße 97, auf einem 1000 m<sup>2</sup> großen Lagerplatz, auf dem rund 1.000 m<sup>3</sup> Chemikalien, Kunstharzreste, leere Lackfässer und Holzpaletten gelagert waren, am 1. August ein Brand ausgebrochen. Auf Grund der weithin sichtbaren Rauchwolke wurde bereits auf der Anfahrt Alarmstufe 2 ausgelöst. Bei Ankunft der Feuerwehr brannten auch bereits rund 40 Fässer mit Chemikalien, die an der Außenfront einer rund 2.500 m<sup>2</sup> großen Lagerhalle gestapelt waren. In dieser Halle werden große Mengen an Chemikalien für die Lackherstellung gelagert. Das Feuer drohte auf diese Halle und auf einen vom brennenden Lagerplatz rund 15 m entfernten Bunker, in dem größere Mengen Nitrozellulose und Peroxide gelagert werden, überzugreifen. So wurde Alarmstufe 4 ausgelöst. Die erste Löschbereitschaft konnte durch den massiven Einsatz eines Großtanklöschfahrzeuges mit Wasserwerfer und sechs Rohren ein Übergreifen des Brandes auf die Halle und den Bunker vorerst verhindern. Nach Eintreffen der weiteren Einsatzkräfte wurde der Brand im umfassenden Angriff, zum Teil wegen der giftigen Gase unter Atemschutz, mit den Wasserwerfern dreier Großtanklöschfahrzeuge und insgesamt acht Rohren bekämpft und eingedämmt. Weitere fünf Rohre waren zur Kühlung des Bunkers und mehrerer kleinerer Chemikalienlager, die der Strahlungswärme des Feuers ausgesetzt waren, eingesetzt. Nach rund eineinhalb Stunden konnte der Brand weitgehend gelöscht werden.

Am 30. August läuft um 2.52 Uhr der Polizei-TUS-Melder auf Störung ein. Um 2.58 Uhr rückt auf Grund der Erhebung einer Funkstreifenwagenbesatzung „da brennt es“ von der Nachrichtenzentrale der Feuerwehr eine Löschbereitschaft zur Nationalbank in 9, Otto Wagner-Platz 3, aus. Beim Eintreffen der Einsatzkräfte wurde im Erdgeschoß leichte Verqualmung festgestellt und eine Löschleitung unter Atemschutz vorgetragen. Nach der Feststellung, daß aus sämtlichen Fenstern des 5. Stockwerkes im Hof des Osttraktes Flammen schlugen, wurde unter gleichzeitigem Vortragen weiterer Rohre um 3.15 Uhr Alarmstufe 3 ausgelöst. Kurz darauf brachen Flammen durch gassenseitig gelegene Fenster des 5. Stockwerkes. Sofort darauf wurde ein Rohr über Drehleiter direkt in den 5. Stock vorgenommen. Um 3.24 Uhr wurde Alarmstufe 4 und in der Folge Katastrophenbereitschaft, das heißt Einberufung der dienstfreien Mannschaft, ausgelöst. Von einer weiteren Drehleiter wurde ein Wendestrahlföhr eingesetzt, die Löschwasserversorgung unter Zuhilfenahme eines Schlauchcontainers aufgebaut. Ab 4.13 Uhr bestand Alarmstufe 6. Mittlerweile drangen Flammen bereits aus Fenstern des 4. Stockwerkes an der Nordseite, worauf ein Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges eingesetzt wurde. Um ein Übergreifen des Brandes auf die im Westtrakt befindliche Banknoten- und Wertpapierdruckerei zu verhindern, wurde vom 1. bis 8. Stock jeweils eine Löschleitung — Anschluß Naßsteigleitung — vorgenommen. Die Brandschutztüren zu diesem Brandabschnitt wurden im weiteren Verlauf der Brandbekämpfung ständig gekühlt. So konnte dieser Brandabschnitt gehalten werden. Über zwei weitere Drehleitern wurde jeweils ein Wendestrahlföhr eingesetzt. Kurz darauf stürzte die Hofeindeckung, eine Stahl-, Holz- und Glaskonstruktion, im Osttrakt infolge der enormen Hitze ein. Weitere 8 Löschleitungen wurden in den oberen Stockwerken und auf dem Dach eingesetzt. Um rund 8 Uhr konnte der Brand lokalisiert werden, um 13.53 Uhr wurde „Brand aus“ gegeben. Insgesamt waren von der Berufsfeuerwehr Wien 51 Gruppenfahrzeuge und 25 Sonderfahrzeuge mit insgesamt 383 Mann im Einsatz. 323 Mann wurden unter Atemschutz eingesetzt. Zur Unterstützung waren weiters 2 Tanklöschfahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr Schwechat sowie 2 Großtanklöschfahrzeuge und eine Gelenkbühne mit Wasserwerfer der Flughafenfeuerwehr Schwechat im Einsatz.

In dem für den Karosseriebau von Autobussen vorgesehenen Gebäudekomplex der Firma Gräf und Stift in 23, Carlberggasse 40–42, der aus einem Altbestandteil, umfassend zwei Montagehallen 70 × 15 und 60 × 15 m, besteht sowie aus der südlich daran angeschlossenen Elektovorfertigung, einem 500 m<sup>2</sup> großen Motorenlagerraum und einem rund 500 m<sup>2</sup> großen zweigeschossigen Sozialtrakt waren am 8. September im Bereich der alten Hallen aus unbekannter Ursache Einrichtungsgegenstände und Material in Brand geraten. Der Brand in einem Ausmaß von nur rund 50 m<sup>2</sup> schien anfangs erfolgreich bekämpft worden zu sein. Im Zuge der Erkundung wurde aber festgestellt, daß die zur Gänze aus Holz bestehende Rundbogendachkonstruktion, schwarz gedeckt und mit Heraklithplatten verkleideter Untersicht, stark verqualmt und deren Dachpappeneindeckung durch Hitzeinwirkung oberhalb des Brandherdes in Brand geraten war. Da bereits in 60 m Entfernung am Ende der vom Brand betroffenen Halle Schwelgasaustritt festgestellt werden konnte, wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Vier Rohre wurden sofort unter Atemschutz zur Bekämpfung beiderseits der Brandausbruchsstelle im Dachbereich eingesetzt. Die 2. Löschbereitschaft sollte den Dachbrand im Bereich der ersten Brandmauer zur anschließenden Halle abfangen. Da der Brand in den Hohlräumen der Dachkonstruktion sich bis zum angeschlossenen neuen Bauteil auszubreiten drohte, wurde Alarmstufe 3 und anschließend von der Einsatzdirektion Alarmstufe 4 ausgelöst. Die 3. und 4. Löschbereitschaft wurden ausschließlich dazu eingesetzt, daß sie ein Übergreifen des Brandes auf den neuen Bauteil verhinderten. Es wurde begonnen, das Dach mit Motorsägen zu öffnen. Mit zunehmender Ausbreitung des Brandes mußten die Einsatzkräfte wegen drohender Einsturzgefahr teilweise zurückgenommen werden, es gelang jedoch, ein Übergreifen des Brandes auf den Neubau zu verhindern. Selbst die Politiker betätigten sich aktiv an den Rettungsmaßnahmen: Der amtsführende „Feuerwehr“-Stadtrat Schieder und der Bezirksvorsteher für den 23. Bezirk führten selbst fünf Autobusse aus einer bereits stark verqualmten Halle. Durch den Brand wurde die nördlichste Halle (Altbestand) vollständig, die südlich daran anschließende Montagehalle (Altbestand) teilweise zerstört. Die dritte daran anschließende Halle (Neubau) konnte gehalten werden. Die Hauptursache für die Größe des Brandes war, daß die Brandmauern nicht über die brennbare Dachkonstruktion geführt waren.

Mit 25 Toten war der Brand im Hotel „Am Augarten“ in 2, Heinestraße 15, am 29. Oktober zweifelsohne der folgenschwerste der Nachkriegszeit in Österreich. Die Feuerwehr wurde dabei in den Massenmedien, vor allem im Rundfunk, schwerer Unzulänglichkeiten beschuldigt. Wie fast immer in solchen Fällen, erfolgten die Richtigstellung und Aufklärung in bedeutend weniger spektakulärer und von der Öffentlichkeit kaum mehr beachteten Form. Die Feuerwehr konnte jedenfalls alle Anschuldigungen eindeutig und beweisbar widerlegen. Um 5.15 Uhr erfolgte über die Direktleitung wie beim Brand der Nationalbank die Verständigung der Feuerwehr durch den Informationsdienst der Polizei. Eine Privatperson hatte auf Grund von Hilferufen vorerst einen Raufhandel vermutet und daher die Polizei verständigt. Erst in weiterer Folge meldete diese Person über die blockierte Notrufleitung den Brand. 12 Sekunden später, dokumentiert durch Bandaufnahme mit automatischer Zeitaufspiegelung, lief eine zweite Anzeige von der Nachrichtenzentrale des Rettungsdienstes ein. Auch hier hatte der Anzeiger offenbar einen Raufhandel mit Verletzten vermutet. Während um 5.16 die Löschbereitschaft „Leopoldstadt“ und die Nebenwache „Brigittenau“ alarmiert wurden, liefen in den Folgeminuten weitere Anzeigen auf allen sechs Notrufleitungen ein. Daraufhin wurde automatisch Alarmstufe 2 ausgelöst. Bei der Ankunft der Löschgruppe „Brigittenau“ um 5.21 Uhr schlugen Flammen aus den Fenstern und der Eingangstür der Hotelhalle. Aus zahlreichen Fenstern aller vier Geschosse der Fronten Heinestraße und Pazmanitengasse schrien Menschen um Hilfe. Es wurde sofort ein Rohr unter Atemschutz zur Brandbekämpfung vorgenommen. Eine Minute später kam die Löschbereitschaft „Leopoldstadt“. Unter dem Stichwort „Menschen in Gefahr“ wurde um 5.23 Uhr Alarmstufe 3 gegeben und die Alarmierung von insgesamt fünf Drehleitern veranlaßt. Als erste Maßnahme wurden zwei Schiebleitern, die Drehleiter „Leopoldstadt“, eine Kombileiter und ein Sprungbalg — zum Teil mit Zivilisten besetzt — zur Menschenrettung eingesetzt. Während des Aufstellens einer Schiebleiter sprang eine etwa 25jährige Frau aus dem 1. Stockwerk auf den Gehsteig Pazmanitengasse und wurde schwer verletzt der Rettung übergeben. Mittlerweile, nur neun Minuten nach der ersten Anzeige, war auch die 2. Löschbereitschaft eingetroffen. Insgesamt wurden nach Instellungbringen von vier Drehleitern 35 Menschen aus dem dritten und vierten Stockwerk gerettet, über tragbare Leitern annähernd die gleiche Anzahl aus dem ersten und zweiten Stockwerk. Gleichzeitig wurde der Brand mit vier Rohren gelöscht und über das Stiegenhaus unter Atemschutz in das Gebäude vorgegangen. Dabei wurde die Feststellung gemacht, daß Personen in rauchverqualmten Gängen und in verschlossenen Zimmern der Hoffront zu Tode gekommen waren. Zu Beginn dieser Bergungs- und Rettungsarbeiten kam der Hauswart des Nebenhauses und machte das Einsatzpersonal auf einen Lichtschacht aufmerksam, der gleichfalls verrauchert wäre und aus dem Hilferufe hörbar wären. Eine Erkundung ergab, daß man von der im Hochparterre gelegenen Hausbesorgerwohnung nach Wegschieben eines Kastens durch ein Fenster in den Lichthof des Hauses Heinestraße 13 und von dort über eine etwa 1 m hohe Mauer in den etwa 2 m tiefer gelegenen Lichthof des Brandobjektes gelangen konnte. In diesem Lichthof waren zwei Flugdächer errichtet, unter denen sich Lagerungen befanden. Da es auf Grund dieser Platzsituation unmöglich war, Schiebleitern in Stellung zu bringen, wurden Kombileitern und Hakenleitern eingesetzt, mit denen dann unter schwierigsten Verhältnissen tatsächlich noch Menschen gerettet werden konnten. In den größ-

tenteils versperrten Zimmern wurden 21 Personen tot vorgefunden und geborgen. Der im folgenden wiedergegebene Brief an die Feuerwehrdirektion zeigt wohl eindeutig auf, mit welch aufopferndem Einsatz die Wiener Feuerwehr, entgegen publizierten Verleumdungen, eine mögliche noch größere Anzahl von Opfern verhindert hat.

Zürich, 6. Oktober 1979

Sehr geehrte Herren!

Nachdem der größte Schock überstanden ist, möchte ich es nicht versäumen, mich bei Ihnen herzlich zu bedanken. Danken für den vorbildlichen Einsatz, den Sie beim „Augarten“-Brand geleistet haben.

Sie waren sehr gut organisiert und schnell an der Unfallstelle. Sie haben damit vielen das Leben gerettet!

In verschiedenen Zeitungsinterviews habe ich mich lobend über Sie geäußert, leider wurde es nirgends publiziert. Ich bedaure das sehr. Deshalb mein Brief an Sie, in welchem ich mich nochmals bedanke, daß Sie für uns alle Ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, um uns zu helfen. So wünsche ich Ihnen für die Zukunft alles Gute, hoffentlich wenig Arbeit, und ich freue mich trotzdem, wieder einmal in Eure schöne Stadt zu kommen.

Die Reiseleiterin der amerikanischen Gruppe  
Norma Steiger, Hotel Augarten, Zimmer 407

Als Folge eines Selbstmordversuches mit Gas war es am 3. November zu einer Explosion im dreigeschossigen Eckhaus Feßtgasse — Ottakringer Straße im 16. Bezirk gekommen. Teile des Daches, der Abschlußdecke sowie der Decke des 1. Stockes waren abgestürzt. Als erste Maßnahme wurden von der Feuerwehr zwei Personen, die am Fensterbrett im eingestürzten Bereich ihrer Wohnung im 1. Stock standen, über Kombileiter in Sicherheit gebracht. Als aus den Trümmern Hilferufe gehört wurden, wurde sofort Alarmstufe 3 ausgelöst. In der weiteren Folge wurden zwei Frauen in Sicherheit gebracht und der Rettung übergeben. Die Hilferufe stammten von jenem Mann, der den Selbstmordversuch begangen hatte und vom 2. Stock mit den Trümmern der Decke in den 1. Stock abgestürzt war. Der Mann konnte mit schweren Verletzungen aus den Trümmern befreit werden. Die Feuerwehrmänner arbeiteten dabei unter der ständigen Gefahr, von laufend nachstürzenden Bauteilen verschüttet zu werden. Auch ein Dackel wurde in der Folge geborgen. Der Einsatz war dadurch erschwert, daß der eingestürzte Bereich nur über Leitern zugänglich war und der Aufstellungsort vorerst von Schutt, bei gleichzeitiger Suche nach eventuell verschütteten Passanten, freigemacht werden mußte. Glücklicherweise waren keine weiteren Personen verschüttet worden. Bis dies mit Sicherheit feststand, wurden die Trümmer noch stundenlang von Feuerwehrmännern nach Verunfallten abgesucht.

Vermutlich durch zu hohe Geschwindigkeit war am 30. Dezember ein Straßenbahnzug der Linie 26 von der Reichsbrückenersatzbrücke Richtung stadtauswärts fahrend in der Kurve zur Wagramer Straße entgleist, wobei der Triebwagen umstürzte und auf der linken Seite neben den Gleisen zu liegen kam. Der Beiwagen war ebenfalls entgleist und hatte sich mit seinen Rädern im Schotter des Bahnkörpers so eingegraben, daß er in Schräglage zum Stehen kam. Das vordere Drehgestell des Triebwagens war dabei abgerissen worden und lag mehrere Meter neben dem Gleiskörper. Die Feuerwehr begann sofort mit der Befreiung der im Triebwagen befindlichen Personen. Über drei Stockleitern wurden sieben Fahrgäste mit größtenteils leichten Verletzungen befreit und der Rettung übergeben. Sieben andere verletzte Fahrgäste waren vor der Ankunft der Feuerwehr von Passanten befreit worden. Nach Abschaltung der stromführenden Oberleitung und der öffentlichen Beleuchtung wurde zunächst der Beiwagen gegen Umstürzen gesichert. Mit dem 400-kN-Teleskopkran wurde der Triebwagen angehoben und Schienenroller unterlegt. Vor dem Auseinanderziehen der verkeilten Garnitur mit dem Spill eines 150-kN-Kranfahrzeuges mußte die Anhängerkupplung zwischen Trieb- und Beiwagen autogen abgetrennt werden. Danach konnte der Triebwagen auf die entsprechende Höhe vorgezogen werden, die für das Verladen auf einen Tieflader am geeignetsten war. Nach neuerlichem Instellungbringen beider Kranfahrzeuge wurde der stark beschädigte Triebwagen an drei Punkten gehoben und auf den 16 m langen, parallel abgestellten Tieflader seitlich aufgelegt. In der Zwischenzeit wurde der Beiwagen in Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben in die Schienen gehoben und das abgerissene Drehgestell des Triebwagens vom Bahnkörper entfernt.